



Analysen eidgenössischer Urnengänge
Analyses des votations fédérales
Anali di votazioni federali

ANALYSE DER EIDGENÖSSISCHEN ABSTIMMUNG VOM 30. NOVEMBER 2014

ABSTIMMUNGSERGEBNIS

VOLKSINITIATIVE VOM 19.10.2012 «SCHLUSS MIT DEN STEUERPRIVILEGIEN FÜR MILLIONARE» (ABSCHAFFUNG DER PAUSCHALBESTEUERUNG)	59,2% NEIN
VOLKSINITIATIVE VOM 02.11.2012 «STOPP DER ÜBERBEVÖLKERUNG – ZUR SICHERUNG DER NATÜRLICHEN LEBENSGRUNDLAGEN» (ECOPOP)	74,1% NEIN
VOLKSINITIATIVE VOM 20.03.2013 «RETTET UNSER SCHWEIZER GOLD» (GOLD-INITIATIVE)	77,3% NEIN
STIMMBETEILIGUNG	49,4%



PASCAL SCIARINI, ALESSANDRO NAI UND SIMON LANZ

Impressum

Die VOX-Analysen eidgenössischer Urnengänge kommentieren seit 1977 alle Volksabstimmungen auf nationaler Ebene aufgrund repräsentativer Befragungen. Für die kontinuierliche Durchführung zeichnet das Forschungsinstitut gfs.bern verantwortlich. Die Federführung für die Analyse der vorliegenden Nummer liegt beim Institut für Politikwissenschaft der Universität Genf.

Institut für Politikwissenschaft, Universität Genf

Gesamtverantwortung: Prof. Dr. Pascal Sciarini
Analyse/Auswertung: Dr. Alessandro Nai, Simon Lanz

gfs.bern

Gesamtverantwortung: Claude Longchamp
Projektleitung: Martina Imfeld
Sekretariat: Johanna Lea Schwab
Telefonbefragung/Feldchef: Salvatore Petrone
CATI-Support: Pina Zimmermann
EDV-Auswertung: Stephan Tschöpe

Übersetzung

Piero Carlucci, Régine Finck

Bestellungen

Die VOX-Analysen können für Fr. 78.– (Ausland: Fr. 85.–) pro Jahr abonniert werden. Einzelnummern können für Fr. 30.– (Ausland: Fr. 35.–) bezogen werden. Alle zurückliegenden Jahrgänge zusammen (1977 bis 2014) können für Fr. 700.– nachbezogen werden. Bestellungen sind zu richten an: gfs.bern, Sekretariat, Postfach 6323, 3001 Bern.

Zitierweise

Vorliegende Nummer: Simon Lanz, Alessandro Nai, Pascal Sciarini (2014): Analyse der eidgenössischen Abstimmung vom 30. November 2014, gfs.bern und Institut für Politikwissenschaft Universität Genf.
Allgemein: VOX-Analysen eidg. Urnengänge, hrsg. vom Forschungsinstitut gfs.bern in Zusammenarbeit mit den politikwissenschaftlichen Instituten der Universitäten Bern, Genf und Zürich, 1977 ff.

ISSN 1664-9060

INHALTSVERZEICHNIS

HAUPTERGEBNISSE DER ANALYSE ZUR ABSTIMMUNG VOM 30. NOVEMBER 2014	4
1. BEDEUTUNG DER VORLAGEN, STIMMBETEILIGUNG UND MEINUNGSBILDUNG	10
1.1 Bedeutung der Vorlagen	10
1.2 Stimmbeteiligung	11
1.3 Meinungsbildung – Schwierigkeit bei der Entscheidungsfindung und Entscheidungszeitpunkt	15
2. VOLKSINITIATIVE ÜBER DIE ABSCHAFFUNG DER PAUSCHALBESTEUERUNG	17
2.1 Ausgangslage	17
2.2 Das Profil der Stimmenden	18
2.3 Wahrnehmung der Vorlage	21
2.4 Die Stimm motive	22
2.5 Pro- und Kontra-Argumente	23
3. ECOPOP-INITIATIVE	25
3.1 Ausgangslage	25
3.2 Das Profil der Stimmenden	26
3.3 Wahrnehmung der Vorlage	30
3.4 Die Stimm motive	31
3.5 Pro- und Kontra-Argumente	33
3.6 Umsetzung der Masseneinwanderungsinitiative und Erhaltung der bilateralen Verträge	35
4. GOLD-INITIATIVE	40
4.1 Ausgangslage	40
4.2 Das Profil der Stimmenden	40
4.3 Wahrnehmung der Vorlage	45
4.4 Die Stimm motive	45
4.5 Pro- und Kontra-Argumente	47
5. ZUR METHODE	49

HAUPTERGEBNISSE DER ANALYSE ZUR ABSTIMMUNG VOM 30. NOVEMBER 2014

Am 30. November 2014 wurden dem Schweizer Stimmvolk drei Vorlagen zur Abstimmung unterbreitet: die Volksinitiative «Schluss mit den Steuerprivilegien für Millionäre» (Abschaffung der Pauschalbesteuerung), die Volksinitiative «Stopp der Überbevölkerung – zur Sicherung der natürlichen Lebensgrundlagen» (Ecopop) sowie die Volksinitiative «Rettet unser Schweizer Gold» (Gold-Initiative). Alle drei Vorlagen wurden mit unterschiedlich klarem Nein verworfen. Die Ecopop-Initiative scheiterte mit 74.1%, und die Gold-Initiative wurde von 77.3% der Stimmenden abgelehnt. Weniger wuchtig verworfen wurde die Initiative zur Abschaffung der Pauschalbesteuerung: 40.8% der Stimmenden waren für die Vorlage; mit Ausnahme von Schaffhausen sprachen sich alle Stände dagegen aus. Die Stimmbeteiligung lag mit 49.4% über dem langjährigen Durchschnitt.

Von den drei Volksinitiativen, die Volk und Ständen am 30. November 2014 vorlagen, wurde die Ecopop-Initiative als die wichtigste bezeichnet. Allerdings wurde ihre Bedeutung im Vergleich zur Masseneinwanderungsinitiative vom 9. Februar 2014 als geringer eingestuft. Der Gang zur Urne wurde von den üblichen Faktoren beeinflusst: Interesse an der Politik, Alter und Bildungsstand. Die Stimmbeteiligung der SP-Sympathisanten war leicht höher als jene der übrigen Parteien. Verglichen mit der Abstimmung vom 9. Februar 2014 ist eine geringere Mobilisierung der SVP-Anhänger festzustellen, wohingegen sich die SP-Sympathisanten bei beiden Urnengängen stark mobilisierten. Somit stützt die VOX-Analyse die These, wonach die geringere Mobilisierung der SVP-Wählerschaft – und der Stimmenden am rechten Rand des politischen Spektrums – zusammen mit der starken Mobilisierung der gemässigten Linken dazu beitrugen, dass das Nein zur Ecopop-Initiative über Erwarten deutlich ausfiel. Der Stimmentscheid erfolgte bei allen drei Vorlagen ungefähr zum gleichen Zeitpunkt. Im Vergleich zur Masseneinwanderungsinitiative dauerte es bei der Ecopop-Initiative etwas länger, bis sich die Stimmenden entscheiden konnten.

Volksinitiative für die Abschaffung der Pauschalbesteuerung

Die Volksinitiative für die Abschaffung der Pauschalbesteuerung fand vor allem bei den Stimmenden aus dem linken politischen Lager Anklang. Rund zwei Drittel der SP-Anhänger stimmten für die Vorlage; von den Sympathisanten aller übrigen Parteien wurde sie abgelehnt. Besondere Unterstützung fand das Begehren zudem bei Personen, die für staatliche Eingriffe in die Wirtschaft, gegen hohe Lohnunterschiede, für die Gleichstellung der Geschlechter und für den Umweltschutz eintreten. Der Ja-Anteil nahm mit zunehmendem Interesse an der Politik leicht zu, lag aber selbst bei Personen mit sehr grossem Interesse am politischen Geschehen unter 50%. Ausgesprochen wenig Einfluss auf den Entscheid hatten soziodemografische Merkmale. Grossstadtbewohner, Deutschschweizer und Bewohner von Kantonen, die die Pauschalbesteuerung bereits abgeschafft oder deren Voraussetzungen vor geraumer Zeit verschärft haben, stimmten dennoch mehr für die Vorlage.

Als häufigstes Motiv für ein Ja wurde die Bekämpfung der Ungleichbehandlung angegeben. Die übrigen Gründe für die Unterstützung der Volksinitiative waren entweder sehr allgemein, oder sie wurden nur von einer kleinen Minderheit getragen. Bei den spontan genannten Gründen für die Ablehnung der Volksinitiative herrschte grössere Vielfalt: Genannt wurden die negative Auswirkungen auf die Steuereinnahmen, Angst um die Steuerattraktivität der Schweiz, sowie auch die Auffassung, die Volksinitiative biete eine schlechte Lösung und Steuerfragen sollten in der Kompetenz der Kantone bleiben.

Obgleich die Volksinitiative zur Abschaffung der Pauschalbesteuerung abgelehnt wurde, werden die drei Hauptargumente des Initiativkomitees von einer – zumindest relativen – Mehrheit der Stimmenden unterstützt. Das Hauptargument der Initianten, die Abschaffung der Pauschalbesteuerung bringe das Ende eines ungerechten Systems, von dem nur reiche Ausländer profitieren, wurde von den Ja-Stimmenden befürwortet. Die Nein-Stimmenden lehnten dieses Argument massiv ab. Eine überwiegende Mehrheit der Befürworter der Volksinitiative und mehr als die Hälfte der Initiativgegner teilten die Einschätzung, zur Eindämmung des Steuertourismus zwischen den Kantonen brauche es eine nationale Regelung. Selbst das Argument, die Abschaffung der Pauschalbesteuerung hätte lediglich minimale Steuereinnahmeverluste zur Folge gehabt, wurde häufiger unterstützt als abgelehnt.

Die Argumente gegen die Volksinitiative zur Abschaffung der Pauschalbesteuerung überzeugten ebenfalls eine Mehrheit der Stimmenden. Eine starke Mehrheit der Initiativgegner, aber auch eine beträchtliche Minderheit der Ja-Stimmenden, schlossen sich den Argumenten an, pauschalbesteuerte Ausländer seien eine Stütze für die Schweizer Wirtschaft, und die Annahme der Volksinitiative könne für einige Kantone und Gemeinden schwerwiegende Konsequenzen mit sich bringen. Etwas weniger gut aufgenommen wurde hingegen das Argument, die Schweiz solle nicht auf die Besteuerung nach dem Aufwand verzichten, weil andere Länder dieses System auch kennen würden: Es wird von der Nein-Seite gutgeheissen, aber von den Ja-Stimmenden verworfen.

Volksinitiative Ecopop

Politische Erwägungen waren für die Stimmabgabe zur Ecopop-Initiative weit weniger ausschlaggebend als bei der Masseneinwanderungsinitiative am 9. Februar 2014. Trotzdem wurde die Ecopop-Initiative mehr von Personen unterstützt, die der Regierung kein Vertrauen entgegenbringen als von solchen, die der Regierung vertrauen oder in dieser Frage unschlüssig sind. Selbst unter den Personen mit wenig Regierungsvertrauen fand die Ecopop-Initiative dennoch keine Mehrheit. Die Befürwortung der Volksinitiative hängt auch stark mit der Selbsteinstufung auf der Links-Rechts-Achse zusammen: Der Ja-Anteil nimmt von der gemässigten Linken hin zur extremen Rechten stetig zu. Die Anhängerschaft der Regierungsparteien lehnte die Ecopop-Initiative überaus heftig ab. Eine Ausnahme bildeten dabei die Sympathisanten der SVP, die mehrheitlich für die Vorlage stimmten und damit von der Stimmempfehlung der SVP Schweiz abwichen. Der Nein-Anteil unter den parteipolitisch Ungebundenen entsprach ziemlich genau dem allgemeinen Durchschnitt. Politische Wert-

haltungen spielten bei dieser Abstimmung im Vergleich zur Masseneinwanderungsinitiative nur eine bescheidenere Rolle. Die Vorlage fand mehr Rückhalt unter Stimmenden, die für eine nach aussen abgegrenzte Schweiz eintreten, die ihre Traditionen verteidigen wollen, die Schweizern gegenüber Ausländern den Vorzug geben möchten, die viel Wert auf Ruhe und Ordnung legen und sich eine starke Armee wünschen. Zu einem Ja für die Volksinitiative reichte es jedoch in keiner der genannten Kategorien. Besonders gering ist ferner der Einfluss der soziodemografischen Merkmale auf den Entscheid für oder gegen die Ecopop-Initiative. Selbst der Bildungsstand wirkte sich kaum auf das Abstimmungsverhalten aus. Eine besonders starke Ablehnung der Volksinitiative konnte dennoch bei den Gutverdienenden beobachtet werden. Personen, die mit einer Verschlechterung ihrer wirtschaftlichen Situation rechnen, entschieden sich häufiger für die Volksinitiative als solche, die davon ausgehen, ihre Situation bleibe gleich oder werde besser.

Die Ecopop-Initiative wurde in erster Linie als Instrument zur Eindämmung der Zuwanderung verstanden. Die Umweltanliegen der Volksinitiative, wie auch der vorgeschlagene Beitrag an die Familienplanung in armen Ländern, blieben weitgehend unbeachtet. Den Personen, die ein Ja zur Ecopop-Initiative in die Urne legten, ging es hauptsächlich darum, die Zuwanderung zu beschränken, weil es in der Schweiz bereits genug bzw. zu viele Ausländer gebe. Auf Platz zwei steht der Wille, das Bevölkerungswachstum einzudämmen oder zu stoppen. An dritter Stelle folgt bei den Ja-Stimmenden eine kleine Gruppe, die mit der Stimmgabe ihre Unterstützung für die Masseneinwanderungsinitiative bekräftigen und den Druck auf den Bundesrat aufrecht erhalten wollte. Die wichtigsten Beweggründe zu einem Nein waren der Wille, sich gegen eine (weitere) Beschränkung der Zuwanderung bzw. für eine offene Schweiz einzusetzen, sowie der Wille, ein als fremdenfeindlich empfundenes Projekt zu bekämpfen. Eine grosse Rolle spielten zudem wirtschaftliche Betrachtungen sowie Überlegungen im Zusammenhang mit der Notwendigkeit, über ausländische Arbeitskräfte verfügen zu können. Hingegen fielen die Konsequenzen der Volksinitiative für die bilateralen Abkommen mit der EU beim Stimmentscheid wenig ins Gewicht.

Zwei der drei Argumente für die Ecopop-Initiative, die den Befragten zur Beurteilung unterbreitet wurden, erhalten merklich mehr Zuspruch als die Volksinitiative selbst. Eine (knappe) Mehrheit pflichtet beispielsweise dem Argument bei, unkontrollierte Immigration verursache Überbevölkerung und Umweltschäden. Obwohl das Schweizer Stimmvolk der Ecopop-Initiative ein überaus entschiedenes Nein entgegenbrachte, ist es den Folgen der Zuwanderung gegenüber weiterhin kritisch eingestellt. Dies belegen auch die Äusserungen zu den drei Argumenten gegen die Ecopop-Initiative: Die Argumente werden zwar mehrheitlich unterstützt, doch diese Unterstützung ist deutlich schwächer als der Nein-Anteil, der bei der Abstimmung erreicht wurde. Am meisten überzeugt das wirtschaftliche Argument, wonach die Festlegung einer niedrigen, starren Zuwanderungsquote eine Zuspitzung des Arbeitskräftemangels und Nachteile für die Wirtschaft nach sich ziehen würde. Breite Zustimmung findet auch das Argument der SVP, nach der Annahme der Masseneinwanderungsinitiative seien keine weiteren Massnahmen erforderlich. Deutlich geteilter Meinung und ziemlich unentschlossen sind die Befragten hingegen beim Argument, die Zuwanderungskontrolle stelle eine Verletzung des Freizügigkeitsabkommens dar und werde zu einer Kündigung der bilateralen Verträge mit der Europäischen Union führen.

Umsetzung der Masseneinwanderungsinitiative und bilaterale Abkommen

Eine auf Zusatzfragen beruhende Analyse ergab, dass jede zweite Person, die für die Masseneinwanderungsinitiative gestimmt hatte, bei der Ecopop-Initiative ein Nein in die Urne legte. Dieses differenzierte Abstimmungsverhalten lässt sich insbesondere unter den Sympathisanten der Parteien des rechten politischen Lagers feststellen. Ferner legt eine klare Mehrheit der Befragten mehr Wert auf das Festhalten am bilateralen Weg als auf die Umsetzung der Masseneinwanderungsinitiative. Ein Drittel der Personen, die für die Masseneinwanderungsinitiative gestimmt hatten, halten die Weiterführung der bilateralen Verträge trotz allem für wichtiger als die Umsetzung der Volksinitiative. Eine Ausnahme bildet hier die Anhängerschaft der SVP: Die grosse Mehrheit der SVP-Sympathisanten stimmte für die Masseneinwanderungsinitiative und findet deren Umsetzung wichtiger als die bilateralen Verträge. Hingegen hat eine relative Mehrheit (CVP-Sympathisanten, Parteungebundene) bzw. eine absolute Mehrheit der übrigen Befragten (Sympathisanten der SP und der FDP, Die Liberalen) die Masseneinwanderungsinitiative abgelehnt und sieht in der Aufrechterhaltung der bilateralen Verträge eine Priorität.

Diese Resultate sprechen für die bilateralen Verträge, doch sie sind mit Vorsicht zu interpretieren. Nach dem aktuellen Stand der Dinge erfasst unsere rein zukunftsgerichtete Frage lediglich eine Prädisposition – und kein Verhalten. Die Idee, man werde früher oder später vielleicht zwischen der Umsetzung der Masseneinwanderungsinitiative und der Fortsetzung des bilateralen Wegs wählen müssen, steht zwar bereits im Raum. Eine echte Debatte dazu hat aber noch nicht stattgefunden. Die Einstellung der Schweizerinnen und Schweizer dürfte sich somit weiterentwickeln und wird unter anderem vom genauen Inhalt der ihnen unterbreiteten Alternativen abhängen.

Die Gold-Initiative

Die Gold-Initiative wurde von der Anhängerschaft der SP, der CVP und der FDP, Die Liberalen sowie von Parteungebundenen unmissverständlich abgelehnt. Die Hälfte der SVP-Sympathisanten sagten hingegen Ja zur Vorlage, obwohl die SVP Schweiz die Nein-Parole gefasst hatte. Allerdings hatten 20 kantonale SVP-Sektionen für ein Ja plädiert. Je mehr man sich auf dem politischen Spektrum von der gemässigten Linken zur extremen Rechten bewegt, desto mehr steigt der Ja-Anteil zur Volksinitiative. Besonders gut schnitt die Vorlage auch bei Personen ab, die für die Bewahrung von Traditionen, für die Abgrenzung der Schweiz und für eine starke Armee eintreten, oder die Schweizer gegenüber Ausländern bevorzugt behandeln möchten. Auf mehr Zustimmung stiess die Gold-Initiative schliesslich auch bei den Personen, die der Regierung nicht vertrauen. Nur wenig Einfluss auf den Stimmenscheid hatten soziodemografische Variablen, wobei Frauen, Verheiratete, Gutverdienende, gut ausgebildete Personen und Grosstadtbewohner dennoch häufiger ein Nein in die Urne legten.

Die Gold-Initiative bereitete den Stimmenden Verständnisprobleme: Über ein Drittel der Befragten konnte den Inhalt der Volksinitiative nicht korrekt wiedergeben. Fast die Hälfte der

Ja-Stimmenden erklärte ihren Entscheid mit der Wichtigkeit des Goldes für die wirtschaftliche Stabilität und die Glaubwürdigkeit der SNB. Im Nein-Lager wurde der Stimmentscheid am häufigsten mit der Weigerung begründet, den Handlungsspielraum der SNB einzuschränken; zweithäufigste Begründung war das allgemeine Vertrauen in die Nationalbank.

Keines der Argumente des Initiativkomitees fand besonders viel Anklang, doch das Argument, die im Ausland gelagerten Goldbestände seien im Krisenfall nicht sicher, erhielt deutlich mehr Zustimmung als die Vorlage selbst. Hingegen waren selbst die Ja-Stimmenden nicht von den Argumenten überzeugt, eine Erhöhung der Goldreserven werde die Abhängigkeit vom Ausland verringern, und die Goldreserven würden die Glaubwürdigkeit der SNB stärken. Bei den Gegenargumenten überzeugte vor allem die Aussage, die Erhöhung der Goldreserven werde die Handlungsfähigkeit der Nationalbank einschränken. Ebenfalls Unterstützung fand das Argument, ein Verbot von Goldverkäufen werde die Aufrechterhaltung der Stabilität des Schweizer Frankens erschweren.

Zur Methode

Die Analyse der Volksabstimmung vom 30. November 2014 im vorliegenden Bericht beruht auf den Ergebnissen der VOX-Befragung 117. Das Forschungsinstitut gfs.bern führte die Befragung durch, und das Institut für Politikwissenschaft der Universität Genf analysierte die erhobenen Daten. Die Daten wurden anhand von standardisierten Telefoninterviews erhoben, die im Schnitt rund 25 Minuten dauerten und von 101 Befragern von zu Hause aus durchgeführt wurden, wobei das Forschungsinstitut gfs.bern als Kontrollinstitut eine unangekündigte Überwachung der Interviews vornehmen konnte. Die Untersuchung beruht auf einer repräsentativen Befragung, die in der ganzen Schweiz innerhalb von zwei Wochen nach der Volksabstimmung stattfand. Die Stichprobe umfasst 1504 stimmberechtigte Personen welche in einem dreistufigen Zufallsverfahren ermittelt wurden (Landesteile, Haushalte und in diesen Haushalten lebende Personen). 53.3% der Befragten stammen aus der Deutschschweiz, 26.7% aus der Westschweiz und 20% aus der italienischen Schweiz (ungewichtet). Mit einer Ziehung im Zufallsverfahren und einer Verteilung der Prozentwerte von 50:50 ergibt sich bei unserer Stichprobe von 1504 Personen eine Fehlermarge von rund $\pm 2.6\%$ mit einer Plausibilitätsschwelle von 95%. Vorsicht bei der Interpretation der Daten ist dort geboten, wo die Teilstichproben klein sind und die Verteilung der Prozentwerte zugleich ausgeglichen ist (50:50). In solchen Fällen können aufgrund des grösseren Stichprobenfehlers keine Aussagen über Mehrheitsverhältnisse gemacht werden. Die Stimmbeteiligung wurde nach Stimmregisterdaten aus dem Kanton Genf, der Stadt St. Gallen und einer Auswahl an Gemeinden des Kantons Tessin gewichtet.

Sämtliche verwendete Begriffe beziehen sich sowohl auf die weibliche als auch auf die männliche Sprachform.

Tabelle 1: Ergebnisse in Prozent der Stimmenden gesamtschweizerisch und pro Kanton

	Stimmbeteiligung [%]	Abschaffung der Pauschal- besteuerung [% Ja]	Ecopop [% Ja]	Gold der SNB [% Ja]
Schweiz	49.4%	40.8%	25.9%	22.7%
ZH	53.7%	49.1%	24.3%	20.6%
BE	47.2%	43.9%	25.1%	21.6%
LU	50.1%	42.9%	29.6%	24.7%
UR	41.0%	38.4%	30.0%	25.9%
SZ	51.7%	36.0%	34.2%	29.3%
OW	49.5%	33.4%	32.6%	27.8%
NW	50.6%	30.9%	29.2%	24.6%
GL	40.8%	41.5%	30.8%	24.6%
ZG	55.9%	32.6%	24.4%	20.3%
FR	47.6%	36.0%	25.5%	21.3%
SO	47.3%	46.2%	30.4%	23.6%
BS	54.5%	45.1%	23.8%	21.4%
BL	50.3%	46.0%	26.0%	21.7%
SH	67.5%	50.8%	31.8%	28.5%
AR	51.6%	48.0%	30.0%	28.5%
AI	45.1%	35.3%	30.8%	26.0%
SG	48.8%	44.5%	30.4%	27.4%
GR	46.3%	28.8%	22.5%	20.4%
AG	49.3%	43.4%	29.4%	24.0%
TG	46.8%	44.3%	30.9%	27.2%
TI	45.9%	32.0%	36.9%	33.3%
VD	51.8%	31.4%	17.3%	17.0%
VS	53.0%	21.7%	21.3%	21.2%
NE	43.9%	39.5%	21.8%	20.0%
GE	51.1%	31.7%	21.4%	23.5%
JU	40.7%	40.8%	22.8%	19.4%
Quelle: http://www.admin.ch (vorläufige Ergebnisse)				

1. BEDEUTUNG DER VORLAGEN, STIMMBETEILIGUNG UND MEINUNGSBILDUNG

Am 30. November 2014 wurden drei Vorlagen dem Volk und den Ständen zur Abstimmung vorgelegt: die Volksinitiative «Schluss mit den Steuerprivilegien für Millionäre» (Abschaffung der Pauschalbesteuerung), die Volksinitiative «Stopp der Überbevölkerung – zur Sicherung der natürlichen Lebensgrundlagen» (Ecopop) sowie die Volksinitiative «Rettet unser Schweizer Gold» (Gold-Initiative). Alle drei Volksinitiativen wurden mit unterschiedlich deutlichem Nein verworfen. Die Ecopop-Initiative und vor allem die Gold-Initiative wurden abgeschmettert: 74.1% der Stimmenden und sämtliche Kantone sagten Nein zu Ecopop, 77.3% der Stimmenden und sämtliche Kantone sagten Nein zur Gold-Initiative. Die überdeutliche Absage an die Ecopop-Initiative kann unter anderem angesichts der Umfragewerte vor dem Urnengang als Überraschung gewertet werden. Weniger wuchtig verworfen wurde die Abschaffung der Pauschalbesteuerung: 40.8% der Stimmenden waren für die Vorlage, aber mit Ausnahme von Schaffhausen sprachen sich alle Kantone dagegen aus.

Somit obsiegten der Bundesrat und die Parlamentsmehrheit am 30. November bei allen drei Vorlagen. Der intensivste Abstimmungskampf fand zur Ecopop-Initiative statt, wobei sich vor allem die Initiativ-Gegner mobilisierten. Auch die Kampagne zur Abschaffung der Pauschalbesteuerung war verhältnismässig intensiv, wohingegen die Gold-Initiative kaum Beachtung fand. Die Stimmbeteiligung lag bei 49.4%.

1.1 Bedeutung der Vorlage

Von den drei Vorlagen, über die der Souverän am 30. November 2014 zu befinden hatte, wurde die Ecopop-Initiative von den Teilnehmenden an der VOX-Umfrage als diejenige mit der grössten Bedeutung eingestuft, sei es «für das Land», oder sei es «für sich selbst». Auf einer Skala von 0 (keinerlei Bedeutung) bis 10 (sehr grosse Bedeutung) kam die Ecopop-Initiative auf 7.6 Punkte bei der Bedeutung für das Land und 5.7 Punkte bei der persönlichen Bedeutung. Damit liegt sie über dem Durchschnitt, den diese Frage in den Jahren 2006–2012 verzeichnete (6.5 bzw. 5.1). Dennoch bleibt sie klar unter der Punktzahl, die im Februar 2014 bei der Masseneinwanderungsinitiative registriert wurde, insbesondere was die persönliche Bedeutung angeht. Im Vergleich zur Ecopop-Initiative wurden die beiden übrigen Volksbegehren, die am 30. November 2014 zur Abstimmung kamen, als deutlich weniger bedeutsam eingestuft, wenngleich ihre Bedeutung beinahe den oben genannten Durchschnittswert von 2006–2012 erreichte.

Tabelle 1.1: Bedeutung der Vorlage für das Land und für die befragte Person in Prozent der Stimmberechtigten*

Bedeutung für...	VI Abschaffung der Pauschalbesteuerung (%)		VI Ecopop (%)		VI Gold der SNB (%)	
	das Land	persönlich	das Land	persönlich	das Land	persönlich
Sehr gering (0,1)	4	15	4	13	5	22
Gering (2-4)	10	29	6	21	13	27
Mittel (5)	16	19	8	13	16	17
Hoch (6-8)	52	29	45	31	50	24
Sehr hoch (9, 10)	18	9	38	23	17	10
Arithmetisches Mittel (n)	6.6 (1415)	4.7 (1451)	7.6 (1440)	5.7 (1452)	6.4 (1397)	4.5 (1434)

* Die Angaben wurden nach Sprache gewichtet.
© Universität Genf/gfs.bern: VOX-Analyse der eidgenössischen Volksabstimmung vom 30.11.2014.

1.2 Stimmbeteiligung

Am 30. November 2014 betrug die Stimmbeteiligung 49.9% und lag damit über dem Durchschnitt der letzten beiden Jahrzehnte (44%). Trotz der relativ intensiv geführten Abstimmungskampagne mobilisierte die Volksinitiative jedoch weit weniger als die Vorlage vom 9. Februar 2014 (55.8%).

Beeinflusst wurde die Teilnahme am Urnengang von den üblichen soziodemografischen Faktoren (Tabelle 1.2): Erstens steigt die Stimmbeteiligung mit zunehmendem Alter beträchtlich. Sie liegt in der Gruppe der 18- bis 29-Jährigen bei 32%, klettert hingegen bei Personen ab 70 auf 65%. Auch die unterschiedliche Beteiligung nach Zivilstand steht unter dem Einfluss des Faktors Alter: Dass die Stimmbeteiligung bei den Ledigen tiefer liegt als bei den übrigen Zivilstandskategorien ist hauptsächlich darauf zurückzuführen, dass junge Menschen in der Kategorie der Ledigen überrepräsentiert sind. Zweitens steigt die Stimmbeteiligung gesamthaft gesehen mit zunehmendem Bildungsstand und mit der Höhe des Einkommens. Die tendenziell ungewohnt hohe Mobilisierung der Personen mit besonders geringem Bildungsstand und Einkommen, die am 9. Februar 2014 beobachtet wurde, konnte am 30. November 2014 nicht festgestellt werden. Drittens variiert die Stimmbeteiligung auch je nach der Einschätzung der eigenen wirtschaftlichen Situation: Am häufigsten an die Urne gingen Personen, die ihre Situation als «sehr gut» bezeichnen (65%), während nur 42% der Personen, die ihre Situation als «passabel» oder «schlecht» empfinden, an der Abstimmung teilnahmen. Schliesslich sei auch auf die leicht höhere Teilnahme der Männer hingewiesen. Dieser Unterschied war allerdings statistisch nur knapp signifikant. Eine multivariate Analyse, die mehrere Erklärungsfaktoren gleichzeitig untersucht, bringt diesen Unterschied bei der Beteiligung der Männer und Frauen sogar ganz zum Verschwinden. Das selbe gilt für den Zivilstand. Der Einfluss der übrigen genannten Faktoren (Alter, Bildungsniveau, Höhe des Einkommens und Wahrnehmung der eigenen wirtschaftlichen Situation) bleibt in der multivariaten Analyse hingegen bestehen.

Wie gewohnt war das Interesse an der Politik das ausschlaggebende Moment für die Stimmbeteiligung: 86% der Personen, die sich als politisch «sehr interessiert» bezeichnen, gingen zur Urne, während nur gerade 7% der Personen, die sich «überhaupt nicht» für Politik interessieren, an der Abstimmung teilnahmen. Die Stimmbeteiligung der Anhänger der Regierungsparteien war bei allen Parteien ungefähr gleich hoch, ausser bei den SP-Sympathisanten, bei denen sie mit 55% leicht höher lag. Die Stimmbeteiligung der SVP-Anhängerschaft lag mit 44% etwas unter dem Durchschnitt. Sie war aber nur geringfügig niedriger als jene der Sympathisanten von CVP und FDP. Die Liberalen. Auch die Mobilisierung der Parteungebundenen entsprach ziemlich genau dem Durchschnitt.

Etwas stärker variiert die Stimmbeteiligung mit der ideologischen Einstellung, die anhand der Selbsteinschätzung auf der Links-Rechts-Achse von 0 (links aussen) bis 10 (rechts aussen) erfasst wurde: Am grössten war die Mobilisierung unter den Personen, die sich der gemässigten Linken (Positionen 3 und 4, 74%) oder der gemässigten Rechten (Positionen 6 und 7, 64%) zuordnen. Personen, die sich zum linken Rand der politischen Skala zugehörig fühlen (Positionen 0 bis 2) oder aussen rechts verorten (Positionen 8 bis 10), beteiligten sich relativ weniger häufig am Urnengang (51%). Die geringste Beteiligung wiesen jene (zahlreichen) Personen auf, die sich in der Mitte des politischen Spektrums ansiedeln (Position 5, 40% Stimmbeteiligung).

Verglichen mit der Abstimmung vom 9. Februar 2014 über die Masseneinwanderungsinitiative fällt als Erstes die tiefere Mobilisierung der SVP-Anhängerschaft auf, deren Stimmbeteiligung um 11 Prozentpunkte über dem Durchschnitt vom 9. Februar 2014, aber um 6 Prozentpunkte unter dem Durchschnitt vom 30. November 2014 lag. Das selbe Bild präsentiert sich auch bei der FDP. Die Liberalen: +10 Prozentpunkte gemessen am Durchschnitt der Februar-Abstimmung, sehr nahe am Durchschnitt der November-Abstimmung. Die Beteiligung der CVP-Sympathisanten hatte am 9. Februar 2014 auffallend unter derjenigen der übrigen Regierungsparteien gelegen; dies wiederholte sich am 30. November 2014 nicht. Bei den SP-Sympathisanten war die Mobilisierung für beide Abstimmungen gleichermaßen stark (10 Prozentpunkte über dem Durchschnitt vom 9. Februar 2014, 5 Prozentpunkte über dem Durchschnitt vom 30. November 2014). Die Mobilisierung der Parteilosen war an beiden Abstimmungen gleich stark (46% Stimmbeteiligung). Im «relativen Vergleich» weist diese Gruppe somit als einzige keine rückläufige Stimmbeteiligung zwischen der Februar-Abstimmung und der November-Abstimmung auf: Am 9. Februar 2014 lag ihre Beteiligung 10 Prozentpunkte unter dem Durchschnitt, am 30. November 2014 lag sie lediglich 3 Prozentpunkte unter dem Durchschnitt.

Ein auf der Selbsteinschätzung auf der Links-Rechts-Achse beruhender Vergleich der Beteiligung an den Abstimmungen vom 9. Februar 2014 und vom 30. November 2014 zeigt, dass der grösste Rückgang der Stimmbeteiligung in der Gruppe der Personen stattfand, die sich selbst dem äusseren rechten Rand der politischen Skala zuordnen: Ihre Stimmbeteiligung lag bei der Februar-Abstimmung 17 Prozentpunkte über dem Durchschnitt, bei der November-Abstimmung aber nur 1 Prozentpunkt über dem Durchschnitt. Im Gegensatz dazu mobilisierten sich Personen, die sich in der gemässigten Linken verorten, am 30. November

2014 stark: Während ihre Stimmbeteiligung bei der Februar-Abstimmung 14 Prozentpunkte über dem Durchschnitt lag, kletterte dieser Unterschied bei der November-Abstimmung auf 24 Prozentpunkte.

Zusammengefasst bestätigen unsere Ergebnisse, dass die SVP-Wählerschaft und generell Personen mit konservativen Einstellungen und/oder solche, die sich ideologisch am äusseren rechten Rand positionieren, weniger mobilisiert waren, während sich die gemässigte Linke – und dabei speziell die SP-Sympathisanten – stark mobilisierte.¹ Diese Unterschiede hinsichtlich der Mobilisierung trugen zur unerwartet eindeutigen Ablehnung der Ecopop-Initiative bei.

Im Unterschied zur Februar-Abstimmung mobilisierte sich die Gruppe der Personen, die dem Bundesrat misstrauen, bei der November-Abstimmung nicht stärker als die übrigen Gruppen.

Tabelle 1.2: Beteiligung nach sozialen und politischen Merkmalen in Prozent der Stimmenden*

Merkmale/Kategorien	Stimmbeteiligung (%)	n	Korrelationskoeffizient^a
Total VOX (gewichtet)	49.9	1488	
Geschlecht			V=.05*
Mann	53	687	
Frau	48	802	
Alter			V=.25***
18 bis 29 Jahre	32	245	
30 bis 39 Jahre	38	233	
40 bis 49 Jahre	44	239	
50 bis 59 Jahre	54	252	
60 bis 69 Jahre	64	293	
70 Jahre und mehr	65	225	
Zivilstand			V=.12***
Ledig	39	298	
Verheiratet/Lebenspartnerschaft	53	944	
Geschieden	56	102	
Verwitwet	47	124	

¹ Siehe dazu Moser, Peter, Von der MEI zum Ecopop-Nein. Eine Analyse der Zürcher Resultate des Urnengangs vom 30.11.2014. Statistik.info 2014/05. Kanton Zürich, Statistisches Amt (http://www.statistik.zh.ch/dam/justiz_innern/statistik/Publikationen/statistik_info/si_2014_05_analyse_ecopop_nov_2014.pdf).

Merkmale/Kategorien	Stimmeteiligung (%)	n	Korrelationskoeffizient ^a
Bildungsniveau			V=.28***
Obligatorische Schulzeit	[48]	[46]	
Berufslehre/Berufsschule	40	552	
Höhere Berufsbildung	49	173	
Matura/pädagogische Ausbildung	33	198	
Höhere Fachschule/Technikum	57	138	
FHS/Universität/ETH	72	369	
Einkommen			V=.23*
Unter 3'000.-	36	97	
3'000 bis 5'000.-	40	339	
5'000.- bis 7'000.-	47	385	
7'000.- bis 9'000.-	60	196	
9'000 - bis 11'000.-	60	135	
Über 11'000.-	73	146	
Wahrnehmung der gegenwärtigen wirtschaftlichen Situation			V=.14***
Sehr gut	65	236	
Gut	49	933	
Passabel/schlecht	42	305	
Interesse an der Politik			V=.63***
Überhaupt nicht interessiert	7	137	
Eher nicht interessiert	12	428	
Eher interessiert	67	587	
Sehr interessiert	86	332	
Parteiverbundenheit			V=.12*
SP – Sozialdemokratische Partei	55	274	
CVP – Christlichdemokratische Partei	46	126	
FDP. Die Liberalen	49	227	
SVP – Schweizerische Volkspartei	44	241	
BDP – Bürgerlich-Demokratische Partei	[54]	[41]	
Grüne Partei	[44]	[50]	
Grünliberale	[66]	[44]	
Andere Partei	63	83	
Parteilos	46	346	
Einstufung auf der Links-Rechts-Achse			V=.24***
Links aussen	51	200	
Links	74	187	
Mitte	40	518	
Rechts	62	237	
Rechts aussen	51	199	

Merkmale/Kategorien	Stimmbeteiligung [%]	n	Korrelationskoeffizient ^a
Regierungsvertrauen			V=.09**
Vertrauen	54	807	
Weder Vertrauen noch Misstrauen	51	192	
Misstrauen	62	498	
<p>* Die Angaben wurden nach der Stimmbeteiligung gewichtet. ^a Interpretation der statistischen Koeffizienten siehe «Zur Methode». Die Zahlen in Klammern sind nur ein Trend, da es weniger als 50 Fälle sind und sich somit daraus keine statistischen Tendenzen ableiten lassen. © Universität Genf/gfs.bern: VOX-Analyse der Volksabstimmung vom 30.11.2014.</p>			

1.3 Meinungsbildung – Schwierigkeit bei der Entscheidungsfindung und Entscheidzeitpunkt

Die Antwort auf die Frage nach dem Entscheidzeitpunkt lautete bei allen drei Volksinitiativen in etwa gleich: Für ein Viertel bis ein Drittel der Befragten war der Stimmentscheid «von Anfang an klar». Nur 10% konnten sich erst in der letzten Woche vor dem Abstimmungs-sonntag entscheiden. Verglichen mit der Masseneinwanderungsinitiative vom 9. Februar 2014 erfolgte der Entscheid über die Ecopop-Initiative jedoch zu einem leicht späteren Zeitpunkt. Gemäss VOX-Analyse über die Abstimmung vom 9. Februar 2014 stand der Entscheid für fast die Hälfte der Stimmenden «von Anfang an» fest; dies im Vergleich zu einem Viertel bei der Ecopop-Initiative. Mit rund 10% ist der Anteil der Stimmenden, die ihren Entscheid während der letzten Woche vor der Abstimmung fassten, hingegen in beiden Fällen ungefähr gleich.

Überraschend war die Deutlichkeit, mit der die Ecopop-Initiative scheiterte. Dies namentlich vor dem Hintergrund der Trendanalysen, die zwei oder drei Wochen vor dem Urnengang durchgeführt wurden. Man könnte annehmen, das Nein hätte in den letzten Wochen der Abstimmungskampagne an Fahrt gewonnen. Eine solche Dynamik lässt sich jedoch anhand der VOX-Umfrage nicht feststellen. Die Analyse des Stimmverhaltens je nach Entscheidzeitpunkt weist bei den Umfrageteilnehmenden eher auf eine Dynamik hin, die das Ja leicht begünstigte: Das Nein der Stimmenden, deren Votum «von Anfang an klar» war (81%) sowie der Stimmenden, die erklärten, sie hätten sich zwischen 3 und 6 Wochen vor der Abstimmung (76%) entschieden, war überwältigend, während der Nein-Anteil jener, die sich 1 bis 2 Wochen vor dem Abstimmungssonntag (68%) oder in der letzten Woche (64%) entschieden, weniger deutlich ausfiel. Dieser Sachverhalt gilt allerdings nur für die Deutschschweiz und das Tessin, denn bei den Romands blieb der Nein-Anteil unabhängig vom Entscheidzeitpunkt verhältnismässig stabil.

Eine ähnliche Tendenz lässt sich auch bei der Gold-Initiative beobachten: Der Nein-Anteil ist vor allem bei jenen Befragten sehr hoch, für die der Entscheid «von Anfang an klar» war (81%) sowie in der Gruppe, die sich zwischen 3 und 6 Wochen vor der Abstimmung entschied (84%). Weniger ausgeprägt ist das Nein jener Personen, die ihren Entschluss zwischen

1 und 2 Wochen vor der Abstimmung (71%) und während der letzten Woche (68%) fassten. Wie so häufig bei Volksinitiativen aus dem linken Lager entwickelte sich auch bei der Abschaffung der Pauschalbesteuerung nach und nach eine klare Dynamik in Richtung Ablehnung: Der Nein-Anteil betrug 48% bei Personen, deren Votum «von Anfang an klar» war, stieg in der Gruppe, die sich zwischen 1 und 6 Wochen vor der Abstimmung entschied, auf 63–64% und schliesslich auf 71% bei jenen, deren Meinung erst in der letzten Woche vor der Abstimmung feststand.

Eine deutliche Mehrheit der Stimmenden gibt für die drei Vorlagen – also erstaunlicherweise auch für die Volksinitiative über die Abschaffung der Pauschalbesteuerung – an, die Meinungsbildung sei «eher leicht» gefallen. Die Schwierigkeit bei der Entscheidungsfindung wurde bei der Ecopop-Initiative als fast genau gleich eingestuft wie bei der Masseneinwanderungsinitiative im Februar 2014.

Tabelle 1.3: Entscheidzeitpunkt und Schwierigkeit der Meinungsbildung in Prozent der Stimmenden*

	VI Abschaffung der Pauschal- besteuerung (%)	VI Ecopop [%]	VI Gold der SNB [%]
Entscheidzeitpunkt			
Von Anfang an klar	29	30	24
3 bis 6 Wochen vor der Abstimmung	30	28	30
1 bis 2 Wochen vor der Abstimmung	32	32	35
Letzte Woche vor der Abstimmung	8	10	12
Schwierigkeit bei der Entscheidung			
Eher leicht	81	77	71
Eher schwierig	18	21	27
Unentschieden, weiss nicht	1	2	3
* Nur Stimmende (N = 1027 bis 1061). Die Angaben wurden nach dem Ergebnis der betreffenden Abstimmung gewichtet.			
© Universität Genf/gfs.bern: VOX-Analyse der Volksabstimmung vom 30.11.2014.			

2. VOLKSINITIATIVE ÜBER DIE ABSCHAFFUNG DER PAUSCHALBESTEUERUNG

2.1 Ausgangslage

Die Volksinitiative «Schluss mit den Steuerprivilegien für Millionäre (Abschaffung der Pauschalbesteuerung)» strebte die Abschaffung der Besteuerung nach dem Aufwand an. Rund 5600² ausländische Staatsangehörige, die in der Schweiz keinerlei Erwerbstätigkeit nachgehen, werden nach diesem System veranlagt. Konkret sollte ein neuer Artikel (Art. 127 Abs. 2bis) mit folgendem Wortlaut in die Bundesverfassung aufgenommen werden: «Steuerprivilegien für natürliche Personen sind unzulässig. Die Besteuerung nach dem Aufwand ist untersagt.»

Die Volksinitiative wurde vom Komitee zur Abschaffung der Pauschalbesteuerung lanciert und im Oktober 2012 eingereicht. Dem Komitee ging es um die Beseitigung der Steuerungerechtigkeit zwischen Schweizern und (vermögenden) Ausländern. In jüngster Zeit haben fünf Kantone die Pauschalbesteuerung abgeschafft (ZH, AR, SH, BS und BL). In fünf weiteren Kantonen (AI, BE, LU, SG und TG) wurden die Voraussetzungen für den Zugang zur Pauschalbesteuerung verschärft. Die Verfechter der Volksinitiative monierten, in den betreffenden Kantonen seien die Steuereinnahmen nach der Abschaffung des Systems der Aufwandbesteuerung trotz des Wegzugs einzelner vermögender Steuerzahler stabil geblieben.

Die Gegner – allen voran die Bundesbehörden – verwiesen hauptsächlich auf die potenziell negativen finanziellen Folgen einer Annahme der Vorlage. Die Gegenargumente der Wirtschaftskreise bezogen sich auf die Risiken für die Steuerattraktivität der Schweiz und auf den Beitrag an die Wirtschaft, den Pauschalbesteuerte durch ihre Ausgaben leisten. Ferner wurde von Seite des Bundes auf die 2012 verabschiedete Revision der Aufwandbesteuerung verwiesen. Diese tritt am 1. Januar 2016 in Kraft und sieht unter anderem eine Verschärfung der Mindestanforderungen an die Aufwandbesteuerung (Pauschalsteuer) vor. Aus Sicht der Befürworter liefert diese Verschärfung jedoch keine Antwort auf die grundlegende Frage des Steuerprivilegs für ausländische Staatsangehörige und der daraus folgenden Ungleichbehandlung.

Der Nationalrat lehnte die Initiative mit 119 Stimmen gegen 59 (2 Enthaltungen) ab. Der Ständerat sprach sich mit 30 Stimmen gegen 9 (3 Enthaltungen) ebenfalls dagegen aus. Unterstützt wurde die Volksinitiative durch die Gewerkschaften, durch die Linke (vor allem die SP und die Grüne Partei), aber auch von den Schweizer Demokraten. Die Parteien des bürgerlich-rechten Lagers (FDP, Die Liberalen, CVP, BDP), die SVP, die wichtigsten Arbeitgeber- und Wirtschaftsverbände sowie einige Branchenverbände (hotelleriesuisse, Gastro-Suisse) bekämpften das Projekt.

² Angaben aus 2012, siehe Abstimmungsbüchlein des Bundesrates.

Gemäss Trendanalysen bröckelte die Unterstützung für die Vorlage in den letzten Wochen vor dem Abstimmungssonntag zusehends ab. Die Initiative wurde am 30. November 2014 von 59.2% der Stimmenden und von sämtlichen Kantonen mit Ausnahme von Schaffhausen verworfen, wobei Schaffhausen als Kanton die Pauschalbesteuerung bereits abgeschafft hat.

2.2 Das Profil der Stimmenden

Die Zustimmungsbereitschaft für die Volksinitiative zur Abschaffung der Pauschalbesteuerung war in der linken Hälfte des politischen Spektrums (Tabelle 2.1) grösser. Stimmende, die sich als aussen links (69%) oder als links (65%) bezeichnen, unterstützten das Begehren tatkräftig. Alle übrigen Stimmenden – von der Mitte bis zum äusseren rechten Rand – verworfen es in aller Deutlichkeit. Während rund zwei Drittel der SP-Sympathisanten mit Ja stimmten, legte die Anhängerschaft der übrigen Parteien ein Nein in die Urne. Da die Zahl der Befragten, die sich mit dieser Partei verbunden erklärten, gering war, ist die massive Unterstützung der Sympathisanten der Grünen mit Vorbehalt zu interpretieren. Recht interessant ist die Tatsache, dass der Ja-Anteil für die Initiative zur Abschaffung der Pauschalbesteuerung unter den SVP-Sympathisanten mit 35% (dies teilweise im Kontrast zur Partei-Parole) doppelt so gross ist wie unter den Anhängern der FDP. Die Liberalen (17%). Letztere massen der Überlegung, die Schweiz riskiere mit der Annahme der Initiative eine Verringerung ihrer (Steuer-) Attraktivität, möglicherweise mehr Bedeutung zu. Der Ja-Anteil der Personen, die sich keiner Partei zugehörig fühlen, entsprach ziemlich genau dem landesweiten Durchschnitt.

Der Ja-Anteil zur Initiative stieg zwar mit zunehmendem Interesse an der Politik leicht an, überwog aber in keiner der nach dem politischen Interesse gebildeten Kategorien. Eine wichtige Rolle beim Stimmentscheid spielten auch die Wertvorstellungen der Befragten. Die Volksinitiative wurde von Stimmenden angenommen, die weniger Wert auf Sicherheit und Ordnung legen (59%), mehr staatliche Eingriffe im Bereich der Konkurrenz befürworten (62%), für die Bekämpfung von Lohndifferenzen sind (62%), für eine aktive Förderung der Gleichstellung der Geschlechter eintreten (53%) und die dem Umweltschutz mehr Bedeutung beimessen als dem wirtschaftlichen Wohlstand (53%). Gewöhnlich decken sich die Auswirkungen der Wertvorstellungen mit der ideologischen Positionierung (Links-Rechts-Achse, siehe Parteiverbundenheit). Anders ausgedrückt müsste der Einfluss der Wertvorstellungen auf das Stimmverhalten stark zurückgehen, wenn die ideologische Einstellung der Stimmenden konstant gehalten wird. Eine multivariate Analyse ergab, dass diese Situation bei der Abstimmung über die Abschaffung der Besteuerung nach dem Aufwand nicht eintrat: Der Einfluss der Wertvorstellungen auf das Stimmverhalten bleibt auch unter der Kontrolle des ideologischen Profils der Stimmenden signifikant. Im vorliegenden Fall ist demnach der Einfluss der Wertvorstellungen nicht ausschliesslich mit der Tatsache verknüpft, dass Stimmende aus dem linken politischen Lager sich stärker für progressive Werte einsetzen.

Tabelle 2.1: Pauschalbesteuerung – Stimmmverhalten nach politischen Merkmalen in Prozent der Stimmenden*

Merkmale/Kategorien	% Ja ^a	n	Korrelationskoeffizient ^a
Total VOX (gewichtet)	41.2	976	
Einstufung auf der Links-Rechts-Achse			V=.39***
Links aussen	69	143	
Links	65	190	
Mitte	28	270	
Rechts	27	195	
Rechts aussen	25	126	
Parteiverbundenheit			V=.38***
SP – Sozialdemokratische Partei	65	215	
CVP – Christlichdemokratische Volkspartei	23	71	
FDP.Die Liberalen	17	141	
SVP – Schweizerische Volkspartei	35	148	
BDP – Bürgerlich-Demokratische Partei	(39)	(33)	
Grüne Partei	(94)	(34)	
Grünliberale	(45)	(38)	
Andere Partei	33	61	
Parteilos	40	200	
Interesse an der Politik			V=.14***
Sehr interessiert	48	392	
Eher interessiert	37	514	
Eher nicht interessiert	36	59	
Überhaupt nicht interessiert	(0)	(9)	
Wertvorstellung: Staat vs. Konkurrenz			V=.25***
Mehr Staat	62	160	
Geteilter Meinung	48	316	
Mehr Konkurrenz	30	463	
Wertvorstellung: Lohndifferenzen			V=.30***
Für grosse Lohndifferenzen	23	168	
Geteilter Meinung	36	480	
Keine Lohndifferenzen	62	292	
Wertvorstellung: Förderung der Gleichstellung der Geschlechter			V=.19***
Für eine aktive Förderung	53	383	
Geteilter Meinung	33	186	
Keine aktive Förderung	35	388	

Merkmale/Kategorien	% Ja*	n	Korrelationskoeffizient*
Wertvorstellung: Umwelt vs. Wirtschaft			V=.23***
Für den Schutz der Umwelt	53	423	
Geteilter Meinung	34	450	
Für den wirtschaftlichen Wohlstand	23	84	
* Die Angaben wurden nach dem Abstimmungsergebnis gewichtet. † Interpretation der statistischen Variablen siehe «Zur Methode». Die Zahlen in Klammern sind nur ein Trend, da es weniger als 50 Fälle sind und sich somit daraus keine statistischen Tendenzen ableiten lassen. © Universität Genf/gfs.bern: VOX-Analyse der Volksabstimmung vom 30.11.2014.			

Der Stimmentscheid über die Volksinitiative zur Abschaffung der Pauschalbesteuerung wurde nur sehr wenig durch die soziodemografischen Merkmale der Stimmenden beeinflusst (Tabelle 2.2). Alter, Geschlecht, Bildungsniveau, Einkommen oder Zivilstand wirkten sich kaum auf das Stimmverhalten aus. Statistisch signifikant ist lediglich die – wenngleich schwache – Auswirkung von Wohnort und Sprache auf den Stimmentscheid: Die Initiative fand mehr Zustimmung unter den Grossstadtbewohnern (52% gegenüber 38% unter den Bewohnern ländlicher Gebiete) und bei den Deutschschweizern (44% gegenüber 32% bei den Romands und Tessinern).

Die unterschiedlichen kantonalen Regelungen spielten beim Stimmverhalten ebenfalls eine Rolle: In den Kantonen, die die Pauschalbesteuerung abgeschafft haben (ZH, AR, SH, BS und BL), oder die in jüngster Zeit verschärfte Voraussetzungen dafür eingeführt haben (AI, BE, LU, SG, TG), lag der Ja-Anteil höher als in den übrigen Kantonen.

Tabelle 2.2: Pauschalbesteuerung – Stimmverhalten nach soziodemografischen Merkmalen in Prozent der Stimmenden*

Merkmale/Kategorien	% Ja*	n	Korrelationskoeffizient*
Total VOX (gewichtet)	41.2	976	
Wohnort			V=.13***
Grossstadt	52	274	
Mittelgrosse Stadt/Kleinstadt	37	448	
Land	38	254	
Sprachregion			V=.11**
Deutschschweizer	44	529	
Westschweizer	32	254	
Tessiner	32	165	

Merkmale/Kategorien	% Ja ^a	n	Korrelationskoeffizient ^a
Derzeitige kantonale Regelung			V=-.10**
Pauschalbesteuerung abgeschafft (5 Kantone)	46	274	
Verschärfte Voraussetzungen (5 Kantone)	45	263	
Keine spezifischen Bestimmungen (16 Kantone)	36	439	
<p>* Die Angaben wurden nach dem Abstimmungsergebnis gewichtet. ^a Interpretation der statistischen Variablen siehe «Zur Methode». Die Zahlen in Klammern sind nur ein Trend, da es weniger als 50 Fälle sind und sich somit daraus keine statistischen Tendenzen ableiten lassen. © Universität Genf/gfs.bern: VOX-Analyse der Volksabstimmung vom 30.11.2014.</p>			

2.3 Wahrnehmung der Vorlage

35% der Befragten (und 45% der Stimmenden) beantworteten die Frage nach dem Inhalt der Volksinitiative richtig und gaben an, sie bezwecke die Abschaffung der Pauschalbesteuerung. Eine andere Gruppe (rund 10% der Befragten und der Stimmenden) antwortete, es gehe bei der Initiative um die Pauschalbesteuerung (reicher) Ausländer, erwähnte aber nicht, dass die Abschaffung dieses Steuerinstruments gefordert wurde. Danach folgte mit 13% die Gruppe der Befragten, die die Anliegen der sozialen und steuerlichen Gerechtigkeit in den Vordergrund stellten (und erwartungsgemäss mehrheitlich für die Volksinitiative stimmten). Ungefähr 40% der Befragten (25% der Stimmenden) gaben den Inhalt der Initiative nicht korrekt wieder.

Tabelle 2.3: Pauschalbesteuerung – Wahrnehmung der Inhalte in Prozent der befragten Personen (nur Erstnennungen)

Wahrnehmung*	Total		Stimmende		Nicht-Stimmende	
	%	n	%	n	%	n
Abschaffung der Pauschalbesteuerung	35	529	46	343	25	186
Pauschalbesteuerung für (reiche) Ausländer	8	113	11	80	5	33
Soziale/steuerliche Gerechtigkeit, Beseitigung von Ungerechtigkeit	13	195	13	100	12	91
Schaffung einer einheitlichen Regelung auf Bundesebene	3	43	4	30	1	9
Allgemeine/falsche/andere Antworten	15	222	17	127	13	94
Weiss nicht, keine Antwort	26	394	8	63	44	331
Total	100	1496	100	742	100	746
<p>* Die Angaben wurden nach der Stimmbeteiligung gewichtet. © Universität Genf/gfs.bern: VOX-Analyse der Volksabstimmung vom 30.11.2014.</p>						

2.4 Die Stimmotive

Die Aufhebung der Ungleichbehandlung von Schweizern und (reichen) Ausländern ist das von den Ja-Stimmenden weitaus am häufigsten angeführte Stimmotiv (Tabelle 2.4). Dieses Motiv, das im Mittelpunkt des Argumentariums des Initiativkomitees stand, macht zwei Drittel der spontanen Erstnennungen und einen sehr grossen Teil aller kumulierten Nennungen aus. Die übrigen Beweggründe für die Annahme der Volksinitiative sind entweder sehr allgemein, oder sie wurden nur sehr selten zitiert.

Die spontan genannten Ablehnungsgründe sind vielfältiger: für 28% der Nein-Stimmenden stehen negative Auswirkungen auf die Steuereinnahmen im Vordergrund, 15% befürchten einen Verlust an Steuerattraktivität und Wettbewerbsfähigkeit für die Schweiz, während 14% meinen, die Initiative biete eine schlechte Lösung an bzw. Steuerfragen müssten in der Kompetenz der Kantone bleiben.

Tabelle 2.4: Pauschalbesteuerung – Stimmotive Mehrfachantworten möglich)*

Spontan geäusserte Gründe für den Entscheid*	Erstnennungen		Alle Nennungen**	
	%	n	%	n
JA-Stimmende				
Aufhebung von Ungleichbehandlung	66	264	100	402
Abschaffung der Pauschalbesteuerung	14	55	21	84
Vereinheitlichte Regelung auf Bundesebene	4	14	12	49
Ungleichbehandlung von ausländischen Steuerzahlern	1	3	13	51
Stellung der Schweiz in der Welt, Verhältnis zum Ausland	0	1	9	34
Allgemeine Gründe für das Ja	10	40	17	66
Andere Gründe für das Ja	2	12	7	28
Weiss nicht/keine Antwort	3	11	63	254
Total	100	402	241	970
NEIN-Stimmende				
Auswirkungen auf die Steuereinnahmen	28	158	61	348
Stellung der Schweiz in der Welt, steuerliche/wirtschaftliche Attraktivität	15	85	24	138
Falsche Lösung, Zuständigkeit bei Kantonen	14	80	22	125
Vorteile der Pauschalbesteuerung	9	53	27	157
Folgen für die Wirtschaft	2	14	4	23
Allgemeine Gründe für das Nein	16	91	21	119
Andere Gründe für das Nein	8	48	13	75
Weiss nicht/keine Antwort	8	47	58	333
Total	100	574	230	1320

* Die Angaben wurden nach dem Abstimmungsergebnis gewichtet.

** Total mehr als 100% wegen Mehrfachantworten.

© Universität Genf/gfs.bern: VOX-Analyse der Volksabstimmung vom 30.11.2014.

2.5 Pro- und Kontra-Argumente

Obgleich die Volksinitiative zur Abschaffung der Pauschalbesteuerung scheiterte, wurden die drei Hauptargumente des Initiativkomitees von einer zumindest relativen Mehrheit der Stimmenden unterstützt, die an der VOX-Umfrage teilnahmen (Tabelle 2.5). Das Kernargument der Initianten, die Abschaffung der Aufwandbesteuerung bringe das Ende eines ungerechten Systems, von dem nur reiche Ausländer profitieren, wurde von 53% der Ja-Stimmenden befürwortet; 43% der Stimmenden lehnten es ab. Dieses Argument führte jedoch unter den Stimmenden beider Lager zu einer starken Polarisierung: Es wurde von den Personen, die für die Vorlage stimmten, massiv unterstützt (88% Unterstützung für das Argument), aber von den Personen, die die Vorlage ablehnten, klar zurückgewiesen (67% Ablehnung des Arguments). Die Idee, zur Eindämmung des Steuertourismus zwischen den Kantonen brauche es eine Bundesregelung, wird noch deutlicher gutgeheissen: 58% der Stimmenden sprachen sich dafür aus. Eine überwiegende Mehrheit der Personen, die die Initiative annahmen (76%), aber auch beinahe die Hälfte der Personen, die ein Nein zur Initiative einlegten (47%), bestätigten die Notwendigkeit einer derartigen Regelung. Sogar das Argument, die Abschaffung der Besteuerung nach dem Aufwand hätte nur minime Steuereinkünfte zur Folge gehabt, wurde häufiger unterstützt als abgelehnt (47% gegenüber 44%). Ein beträchtlicher Teil der Ja-Stimmenden (68%) und ein Drittel der Gegnerschaft der Vorlage schlossen sich diesem Argument an.

Die Argumente für die Initiative über die Pauschalbesteuerung überzeugten – genauso wie die Argumente gegen die Vorlage – eine Mehrheit der Stimmenden. Mit diesem Befund wurde allerdings eher gerechnet: Da die Volksinitiative abgelehnt wurde, ist es logisch, dass die Argumente gegen die Vorlage mehrheitlich Bejahung fanden. Das Argument, wonach ausländische Pauschalbesteuerte einen Beitrag an die Schweizer Wirtschaft leisten, wurde von den Personen, die ein Nein zur Initiative einlegten, überaus deutlich gestützt (83%), aber auch von einem grossen Drittel (36%) der Personen mitgetragen, die mit Ja stimmten. Ähnlich breite Unterstützung unter den Gegnern der Initiative (75%) fand die Überlegung, eine Annahme der Volksinitiative könne für einige Kantone und Gemeinden gravierende Folgen haben; sie wurde aber auch von einer starken Minderheit (34%) der Personen gestützt, die ein Ja in die Urne legten. Einzig das Argument, andere Länder würden die Pauschalbesteuerung ebenfalls kennen und die Schweiz solle nicht darauf verzichten, fand etwas weniger Anklang. Es konnte eine klare Mehrheit der Nein-Stimmenden (69%) überzeugen, wurde aber von den Personen, die die Initiative annahmen, zurückgewiesen (66%).

Tabelle 2.5: Pauschalbesteuerung – Akzeptanz der Pro- und Kontra-Argumente bei den Stimmenden in Prozent*

Pro-Argumente		Einverstanden (%)	Nicht einverstanden (%)	Weiss nicht (%)
Die Abschaffung der Pauschalbesteuerung setzt einem ungerechten System ein Ende, von dem nur reiche Ausländer profitieren.	Total	53	43	4
	Ja	88	9	3
	Nein	29	67	4
Zur Eindämmung des Steuertourismus zwischen den Kantonen ist eine nationale Regelung erforderlich.	Total	58	34	8
	Ja	76	18	6
	Nein	47	44	9
Die Abschaffung der Pauschalbesteuerung wird nur minimale Steuereinsparungen verursachen.	Total	47	41	12
	Ja	68	22	10
	Nein	32	55	13
Kontra-Argumente		Einverstanden (%)	Nicht einverstanden (%)	Weiss nicht (%)
Mit ihren Ausgaben leisten ausländische Pauschalbesteuerte einen Beitrag an die Schweizer Wirtschaft.	Total	63	32	5
	Ja	36	59	5
	Nein	83	13	4
Pauschalbesteuerung gibt es auch in anderen Ländern, also soll die Schweiz nicht darauf verzichten.	Total	50	38	13
	Ja	22	66	12
	Nein	69	20	12
Der Wegzug von Pauschalbesteuerten wird für einige Kantone und Gemeinden gravierende Folgen haben.	Total	58	30	13
	Ja	34	53	12
	Nein	75	13	12
<p>* Die Angaben wurden nach dem Abstimmungsergebnis gewichtet. Ergebnisse in Prozent online. Deutungsbeispiel: 53% aller Stimmenden (88% der Ja-Stimmenden, 37% der Nein-Stimmenden) schlossen sich dem ersten Argument an (Die Abschaffung der Pauschalbesteuerung beendet ein ungerechtes System, von dem nur reiche Ausländer profitieren), 43% (9% der Ja-Stimmenden und 67% der Nein-Stimmenden) lehnten es ab und 4% (3%; 4%) waren unentschieden. n Total der Stimmenden, die eine Antwort gaben = zwischen 1024 und 1033 je nach Argument (gewichtet). © Universität Genf/gfs.bern: VOX-Analyse der Volksabstimmung vom 30.11.2014.</p>				

3. ECOPOP-INITIATIVE

3.1 Ausgangslage

Die Schweiz ist seit langer Zeit ein Anziehungspunkt für zahlreiche ausländische Arbeitnehmende. Die Umsetzung des Personenfreizügigkeitsabkommens mit der EU brachte eine Verstärkung der entsprechenden Tendenz. Es kam zu einer starken Zunahme der Einwanderung, die wesentlich zum Wirtschaftswachstum der Schweiz in den letzten Jahren beitrug. Die Volksinitiative «Stopp der Überbevölkerung – zur Sicherung der natürlichen Lebensgrundlagen» (Ecopop) wurde im Sommer 2011 lanciert, am 2. November 2012 eingereicht und am 30. November 2014 vor das Volk gebracht. Volk und Stände mussten sich nach der SVP-Initiative «Gegen Masseneinwanderung», die am 9. Februar 2014 angenommen wurde, somit innerhalb eines Jahres zum zweiten Mal zu einer Initiative über die Beschränkung der Zuwanderung äussern. Um die Lebensgrundlagen zu erhalten, forderte die Vorlage eine jährliche Obergrenze für die Nettozuwanderung von 0.2%. Ferner verlangte sie vom Bund, mindestens 10% seiner Ausgaben für Entwicklungszusammenarbeit zur Förderung der Familienplanung einzusetzen.

Bundesrat und Parlament empfahlen die Ecopop-Initiative zur Ablehnung. Beide Räte lehnten das Begehren praktisch einstimmig ab (Nationalrat: 190 zu 3 Stimmen bei 5 Enthaltungen; Ständerat: 44 zu 1 Stimme ohne Enthaltungen). Mit Ausnahme der Schweizer Demokraten empfahlen zudem sämtliche Parteien auf nationaler Ebene ein Nein zur Vorlage. Auf kantonaler Ebene widersetzten sich jedoch sechs SVP-Sektionen der nationalen Abstimmungsparole ihrer Partei und empfahlen die Annahme der Initiative. Sämtliche Wirtschaftsverbände, Gewerkschaften, interkantonale Konferenzen und Hilfsorganisationen waren ebenfalls gegen die Initiative; die Vorlage wurde lediglich von der Aktion für eine unabhängige und neutrale Schweiz (AUNS) unterstützt.

Die Initiativgegner machten namentlich geltend, dass die Zuwanderung sich nur geringfügig auf die natürlichen Ressourcen auswirkt, sowie dass die Fixierung einer sehr geringen Zuwanderungsquote wirtschaftsschädigend wäre und gegen die Personenfreizügigkeit mit der Europäischen Union verstossen würde. Nach der Annahme der Masseneinwanderungsinitiative hätte ein Ja zu einer noch restriktiveren Vorlage die Arbeit des Bundesrates zusätzlich erschwert – und das Aus der bilateralen Beziehungen zwischen der Schweiz und der Europäischen Union bedeutet.

Gemäss Trendumfragen vor der Abstimmung stiess die Vorlage bei der Schweizer Bevölkerung auf eine gewisse Sympathie. Trotzdem wurde sie an der Urne vom Schweizer Volk mit einem Ja-Anteil von nur 25.9% und von sämtlichen Kantonen klar verworfen. Gemessen am Abstimmungsergebnis vom 9. Februar 2014 über die Masseneinwanderungsinitiative ist das überwältigende Nein zur Ecopop-Initiative als Überraschung zu bezeichnen.

3.2 Das Profil der Stimmenden

Politische Faktoren (Tabelle 3.1) fielen beim den Stimmenscheid zur Ecopop-Initiative gesamthaft gesehen weniger ins Gewicht als beim Stimmenscheid zur Masseneinwanderungsinitiative am 9. Februar 2014. Zu den Faktoren, die den Entscheid für oder gegen die Ecopop-Initiative beeinflussten, gehört das Vertrauen in die Regierung: Stimmende, die der Regierung kein Vertrauen entgegenbringen, legten weit häufiger ein Ja in die Urne (48%) als Personen, die der Regierung vertrauen (16%) oder diesbezüglich unschlüssig sind (13%). Selbst unter den «misstrauischen» Personen fand die Ecopop-Initiative dennoch keine Mehrheit.

Der Entscheid für oder gegen die Ecopop-Initiative hing auch ziemlich stark mit der Selbsteinstufung auf der Links-Rechts-Skala zusammen; das dazugehörige Schema war jedoch recht komplex: Am ausgeprägtesten (und beinahe einstimmig) war die Ablehnung der Volksinitiative unter den Personen, die sich der gemässigten Linken zuordnen (Positionen 3 und 4 auf der Skala von 0 bis 10). Deutlich verworfen wurde die Initiative auch von den Personen, die sich am äusseren linken Rand der politischen Skala (Positionen 0 bis 2), in der Mitte (Position 5) oder als Teil der gemässigten Rechten (Positionen 6 oder 7) sehen (nur 27–28% Ja-Anteil). Relativ deutlich unterstützt wurde die Initiative einzig von den Personen, die sich am rechten äusseren Rand der politischen Skala einstufen (Positionen 8 bis 10), doch auch hier konnte keine Mehrheit erlangt werden (46%). Der Nein-Anteil lag demnach im Vergleich zur Masseneinwanderungsinitiative in sämtlichen Kategorien – und insbesondere bei den Personen, die sich in der Mitte oder rechts positionieren – deutlich höher.

Mit Ausnahme der SVP-Sympathisanten, die mehrheitlich für die Ecopop-Initiative stimmten (56%), lehnte die Anhängerschaft aller Regierungsparteien die Initiative überaus deutlich ab. Nur 20% der Sympathisanten von SP, CVP und FDP.DieLiberalen legten ein Ja in die Urne und folgten somit der Abstimmungsparole ihrer jeweiligen Partei. Obwohl die Zahlen angesichts der geringen Zahl der Beobachtungen mit Vorsicht zu interpretieren sind, scheinen die Sympathisanten von BDP, der Grünen Partei und der Grünliberalen ebenfalls massiv gegen die Ecopop-Initiative gestimmt zu haben. Auch der Nein-Anteil der Parteiungebundenen entsprach ziemlich genau dem allgemeinen Durchschnitt.

Verglichen mit der Abstimmung über die Masseneinwanderungsinitiative war das Stimmverhalten bei der Ecopop-Initiative durch die Parteien hindurch eher homogen. Während die Sympathisanten der FDP.DieLiberalen die Masseneinwanderungsinitiative ziemlich stark unterstützt hatten (40% laut VOX-Analyse zur Abstimmung vom 9. Februar 2014), legten sie bei der Ecopop-Initiative ein bemerkenswert massives Nein in die Urne. Sehr ausgeprägt ist der Unterschied zwischen beiden Urnengängen auch bei den SVP-Anhängern (95% Ja zur Masseneinwanderungsinitiative gegen 56% Ja zur Ecopop-Initiative). Aus SVP-Sicht ist der Kontext der beiden Abstimmungen allerdings nicht wirklich vergleichbar, weil die Landespartei bei der Ecopop-Initiative die Nein-Parole herausgegeben hatte. Die Unterstützung der SVP-Anhängerschaft für die Ecopop-Initiative steht somit im Widerspruch zur Abstimmungsempfehlung der nationalen Partei und ist darauf zurückzuführen, dass ein Teil der Basis gegenüber der Abstimmungsparole ausscherte.

Im Gegensatz zur Masseneinwanderungsinitiative spielte das politische Interesse bei der Ecopop-Initiative keine Rolle. Ob politisch «sehr», «eher», «eher nicht» oder «überhaupt nicht» interessiert: Die Vorlage wurde von allen Gruppen in ähnlich hohem Masse verworfen. Ausserdem spielten politische Wertvorstellungen eine geringere Rolle als bei der Abstimmung über die Masseneinwanderungsinitiative. Einerseits treten beim Stimmverhalten einige signifikante Unterschiede auf, je nach dem, welche Wertvorstellungen die Stimmden hinsichtlich Öffnung oder Modernisierung haben. So fand die Initiative bei Personen, die für eine Abgrenzung der Schweiz gegenüber aussen eintreten, recht viel Zuspruch (49%). Ähnliches gilt bei den Personen, die für den Erhalt der Schweizer Traditionen sind (43%), Schweizer gegenüber Ausländern den Vorrang einräumen wollen (40%), viel Wert auf Sicherheit und Ordnung legen (32%) oder eine starke Armee wollen (36%). Andererseits reicht es jedoch in keiner der oben aufgeführten Kategorien zu einem Ja zur Ecopop-Initiative, und die auf Wertvorstellungen beruhenden Unterschiede beim Stimmverhalten sind insgesamt geringfügig.

Tabelle 3.1: Ecopop – Stimmverhalten nach politischen Merkmalen in Prozent der Stimmenden*

Merkmale/Kategorien	% Ja^a	n	Korrelationskoeffizient^a
Total VOX (gewichtet)	26	979	
Regierungsvertrauen			V=.34***
Vertrauen	16	564	
Unentschlossen	13	88	
Misstrauen	48	317	
Einstufung auf der Links-Rechts-Achse			V=.27***
Links aussen	27	136	
Links	5	168	
Mitte	27	281	
Rechts	28	200	
Rechts aussen	46	140	
Parteiverbundenheit			V=.36***
SP – Sozialdemokratische Partei	18	199	
CVP – Christlichdemokratische Volkspartei	22	69	
FDP.Die Liberalen	19	138	
SVP – Schweizerische Volkspartei	56	175	
PBD – Bürgerlich-Demokratische Partei	(16)	(31)	
Grüne Partei	(19)	(31)	
Grünliberale	(11)	(38)	
Andere Partei	7	87	
Parteilos	23	201	

Merkmale/Kategorien	% Ja ^a	n	Korrelationskoeffizient ^a
Wertvorstellung: modern vs. traditionell			V=.21***
Für eine moderne Schweiz	18	444	
Geteilter Meinung	28	333	
Für eine traditionelle Schweiz	43	179	
Wertvorstellung: Öffnung vs. Abgrenzung			V=.22***
Für mehr Öffnung der Schweiz	19	629	
Geteilter Meinung	35	266	
Für mehr Abgrenzung der Schweiz	49	73	
Wertvorstellung: Chancengleichheit Schweizer-Ausländer			V=.28***
Chancengleichheit	11	307	
Geteilter Meinung	23	298	
Schweizer bevorzugen	40	352	
Wertvorstellung: Sicherheit und Ordnung			V=.20***
Für weniger Sicherheit und Ordnung	4	79	
Geteilter Meinung	19	283	
Für mehr Sicherheit und Ordnung	32	605	
Wertvorstellung: Armee			V=.23***
Starke Armee	36	462	
Geteilter Meinung	22	251	
Keine Armee	12	255	
* Die Angaben wurden nach dem Abstimmungsergebnis gewichtet.			
° Interpretation der statistischen Koeffizienten siehe «Zur Methode».			
Die Zahlen in Klammern sind nur ein Trend, da es weniger als 50 Fälle sind und sich somit daraus keine statistischen Tendenzen ableiten lassen.			
© Universität Genf/gfs.bern: VOX-Analyse der Volksabstimmung vom 30.11.2014.			

Die soziodemografischen Merkmale wirkten sich sehr wenig auf den Stimmentscheid zur Ecopop-Initiative aus (Tabelle 3.2). Männer bejahten die Ecopop-Initiative etwas häufiger als Frauen, wobei dieser Unterschied zwischen den Geschlechtern statistisch nicht signifikant ist. Das selbe gilt für das unterschiedliche Stimmverhalten nach Alter, Wohnort und Sprache. Sogar das Bildungsniveau, das in der Regel bei aussenpolitischen oder einwanderungspolitischen Belangen einen starken Einfluss auf das Stimmverhalten ausübt, spielte hier keine nennenswerte Rolle. Das Nein zur Volksinitiative war bei Personen mit akademischem Abschluss (77%) nicht deutlicher als bei Personen mit Lehrabschluss (73%). Auch das Haushaltseinkommen übte keinen wesentlichen Einfluss aus. Lediglich in der Kategorie der Spitzenverdiener (Haushaltseinkommen über 11'000.-) fiel die Ablehnung der Ecopop-Initiative markant höher aus. Die Wahrnehmung der derzeitigen wirtschaftlichen Situation wirkte sich auf den Stimmentscheid nicht aus; allerdings spielte die Einschätzung der zukünftigen wirtschaftlichen Situation eine kleine Rolle: Der Ja-Anteil zur Volksinitiative ist bei Personen, die mit einer Verschlechterung ihrer wirtschaftlichen Situation rechnen, höher (44%) als bei Personen, die von einer gleich bleibenden Situation (25%) oder von einer

Verbesserung (16%) ausgehen. Dieser Befund ist im Zusammenhang mit der Tatsache zu sehen, dass die Ecopop-Initiative die Auswirkungen des Wirtschafts- und Bevölkerungswachstums von einer pessimistischen Warte aus betrachtete.

Trotz der beiden letztgenannten Ergebnisse und im Gegensatz zum Entscheid über die Masseneinwanderungsinitiative zeichnet sich hinsichtlich des Entscheids über die Ecopop-Initiative durch alle Gruppierungen hindurch ein recht homogenes Bild.

Tabelle 3.2: Ecopop-Initiative – Stimmmverhalten nach soziodemographischen Merkmalen in Prozent der Stimmenden*

Merkmale/Kategorien	% Ja^a	n	Korrelationskoeffizient^a
Total VOX (gewichtet)	26	979	
Geschlecht			V=.06 n.s.
Mann	29	475	
Frau	24	504	
Alter			V=.09 n.s.
18 bis 29 Jahre	(17)	(41)	
30 bis 39 Jahre	30	138	
40 bis 49 Jahre	25	163	
50 bis 59 Jahre	26	195	
60 bis 69 Jahre	22	236	
70 Jahre und mehr	32	206	
Sprachregion			V=.08 n.s.
Deutschschweizer	27	534	
Tessiner	37	159	
Westschweizer	21	251	
Bildungsniveau			V=.11*
Obligatorische Schulzeit	(35)	(26)	
Berufslehre	27	286	
Höhere Berufsbildung	36	125	
Höhere Fachschule	26	109	
Matura, pädagogische Ausbildung	17	71	
FHS, Universität, ETH	23	352	
Einkommen			V=.15**
Unter 5'000.-	30	217	
5'000.- bis 7'000.-	32	260	
7'000.- bis 9'000.-	26	161	
9'000.- bis 11'000.-	21	108	
Über 11'000.-	13	137	

Merkmale/Kategorien	% Ja ^a	n	Korrelationskoeffizient ^a
Einschätzung der zukünftigen wirtschaftlichen Situation			V=.13***
Besser	16	70	
Gleichbleibend	25	802	
Schlechter	44	71	
<p>* Die Angaben wurden nach dem Abstimmungsergebnis gewichtet. ^a Interpretation der statistischen Variablen siehe «Zur Methode». Die Zahlen in Klammern sind nur ein Trend, da es weniger als 50 Fälle sind und sich somit daraus keine statistischen Tendenzen ableiten lassen. © Universität Genf/gfs.bern: VOX-Analyse der Volksabstimmung vom 30.11.2014.</p>			

3.3 Wahrnehmung der Vorlage

Die Ecopop-Initiative wurde in erster Linie als Instrument für die Beschränkung der Einwanderung wahrgenommen. Die meisten Umfrageteilnehmenden (61%) antworteten auf die Frage nach dem Inhalt der Vorlage, es gehe um die Beschränkung der Zuwanderung, beziehungsweise des Ausländeranteils in der Schweiz (Tabelle 3.3). Nur eine verschwindend kleine Personenzahl (1%) verwies auf die übrigen Komponenten der Volksinitiative: Umweltziele und Verringerung des Bevölkerungswachstums einerseits, Beitrag an die Familienplanung in Entwicklungsländern andererseits. Unter den Nicht-Stimmenden ist der Anteil der Personen, die keine, beziehungsweise allgemeine oder falsche Antworten gaben, wie gewohnt höher als unter den Stimmenden.

Tabelle 3.3: Ecopop-Initiative – Wahrnehmung der Inhalte in Prozent der befragten Personen (nur Erstnennungen)*

Wahrnehmung*	Total		Stimmende		Nicht-Stimmende	
	%	n	%	n	%	n
Begrenzung/Kontrolle der Einwanderung oder des Ausländeranteils	61	909	75	784	47	209
Begrenzung (des Zuwachses) der Bevölkerung	3	43	4	46	2	9
Umweltschutz	1	12	2	18	0	0
Entwicklungshilfe/Familienplanung	1	14	2	21	0	0
Allgemeine oder falsche Antworten, andere Antworten	11	164	9	89	14	61
Weiss nicht, keine Antwort	24	353	9	91	38	169
Total	100	1405	100	1048	100	448
<p>* Die Angaben wurden nach Stimmbeteiligung und Sprache gewichtet. © Universität Genf/gfs.bern: VOX-Analyse der Volksabstimmung vom 30.11.2014.</p>						

3.4 Die Stimmotive

Die Untersuchung der von den Befragten spontan genannten Beweggründe für den Stimm-entscheid (Antwort auf eine offene Frage) zeigt auf, dass der Wille, die Einwanderung zu beschränken und das Gefühl, es gebe in der Schweiz genug/zu viele Ausländer, einen erheblichen Einfluss auf das Ja zur Ecopop-Initiative ausübten (Tabelle 3.4): Über ein Drittel der Personen, die für die Volksinitiative stimmten, geben dieses Stimmmotiv als erste Antwort (38%) an. Dazu kommen die (wirtschaftlichen und sonstigen) Folgen der Zuwanderung (9%). Ein zweiter Beweggrund für die Bejahung der Volksinitiative ist das allgemeinere Anliegen der Einschränkung/Beendigung des Bevölkerungswachstums, das im Mittelpunkt der Ecopop-Initiative stand (18%). Allerdings wurde dieser Beweggrund zwei Mal weniger häufig genannt als der Wille, die Zuwanderung zu beschränken; dies ist ein zusätzlicher Hinweis dafür, dass die Volksinitiative von den Stimmenden in erster Linie unter dem Gesichtspunkt der Beschränkung der Zuwanderung betrachtet wurde. An dritter Stelle folgt das Stimmmotiv einer kleinen Anzahl von Ecopop-Anhängern (13%), die ihren Entscheid damit begründen, dass sie ihre Unterstützung für die Masseneinwanderungsinitiative bestätigen und den Druck auf den Bundesrat aufrecht erhalten wollten, damit er letztere Initiative auch umsetzt. Überhaupt nicht genannt wurde die Komponente der Initiative, die sich auf die Familienplanung in armen Ländern bezog.

Die Analyse der kumulierten Antworten auf die Frage nach den Gründen für ein Ja zur Ecopop-Initiative ergibt ein leicht anderes Bild (die Befragten konnten bis zu sechs verschiedene Beweggründe nennen). Einerseits stehen der Wille, die Zuwanderung zu beschränken, sowie die grundsätzlich ablehnende Haltung gegenüber der Zuwanderung auch hier zuoberst auf der Liste der Beweggründe. Andererseits gewinnen die als negativ eingestuften Konsequenzen der Zuwanderung und das Bestreben, weiterhin Druck auf den Bundesrat auszuüben, damit er die Masseneinwanderungsinitiative umsetze, bei dieser Betrachtungsweise an Boden und werden gleich oft genannt wie der Wille, das Bevölkerungswachstum zu stoppen.

Als Hauptgrund für ihr Nein zur Ecopop-Initiative erwähnten die Gegner der Vorlage den Willen, sich gegen eine (weitere) Beschränkung der Zuwanderung, für eine offene Schweiz und gegen eine als ausländerfeindlich gewertete Volksinitiative einzusetzen (25% der Erstnennungen). Wirtschaftliche Überlegungen spielten ebenfalls eine wichtige Rolle: die Initiative sei wirtschaftsfeindlich, die Wirtschaft profitiere von der Zuwanderung, die Schweiz brauche ausländische Arbeitskräfte usw. An dritter Stelle folgt mit 16% der Nein-Stimmenden die Einschätzung, die Ecopop-Initiative sei unangemessen und biete keine brauchbaren Lösungen für das Einwanderungsproblem, oder aber sie sei zu extrem und nicht durchführbar. Zudem waren 7% der Nein-Stimmenden gegen die Komponenten der Initiative, die sich auf die Umwelt und die Geburtenkontrolle bezogen. Schliesslich begründeten nur 2% der Nein-Stimmenden ihren Entscheid mit dem Anliegen, eine (zusätzliche) Belastung der Europapolitik der Schweiz vermeiden zu wollen. Dieser Befund legt den Schluss nahe, die Folgen für die bilateralen Abkommen mit der EU hätten auf die Ablehnung der Ecopop-Initiative keinen wesentlichen Einfluss ausgeübt.

Die Betrachtung aller Nennungen zusammen ergibt ein leicht anderes Bild: Auf Platz eins der Gründe für das Nein befinden sich die wirtschaftlichen Anliegen und knapp dahinter die Ablehnung der Zuwanderungsbeschränkung.

Tabelle 3.4: Ecopop-Initiative – Stimmotive (Mehrfachantworten möglich)*

Spontan geäusserte Gründe für den Entscheid*	Erstnennungen		Alle Nennungen*	
	%	n	%	n
Ja-Stimmende				
Genug/zu viele Ausländer, Einwanderung muss begrenzt werden	38	97	56	144
Bevölkerungswachstum muss begrenzt/gestoppt werden	19	49	35	90
Negative Auswirkungen der Einwanderung (Arbeitslosigkeit, mangelnder Raum, Sozialsystem)	4	10	35	89
Druck auf den Bundesrat ausüben/für die Umsetzung der Masseneinwanderungsinitiative	13	33	32	83
Allgemeine Gründe für das Ja	9	24	14	37
Andere Gründe für das Ja	10	25	18	44
Weiss nicht/keine Antwort/falsche Antwort	5	13	47	120
Total (Ja-Stimmende)	100	255	237	605
Nein-Stimmende				
Gegen die Beschränkung der Einwanderung/für eine offene Schweiz/es hat noch Platz/Tradition der Aufnahme/ gegen eine fremdenfeindliche Initiative	25	177	37	266
Wirtschaftliche Gründe (Einwanderung stützt die Wirtschaft, die Schweiz braucht ausländische Arbeitskräfte, die Initiative schadet der Wirtschaft)	21	145	42	302
Initiative ist unangemessen/zu radikal/nicht realisierbar/nicht die richtige Lösung	16	115	24	174
Umweltargumente nicht stichhaltig/gegen Familienplanung	7	48	17	122
Juristische Gründe	3	22	6	44
Die Masseneinwanderungsinitiative ist ausreichend	3	19	7	50
Europa-Politik (Gefahr für die bilateralen Verträge)	2	12	8	57
Allgemeine Gründe für das Nein	11	76	15	105
Andere Gründe für das Nein	4	27	7	49
Weiss nicht/keine Antwort/falsche Antwort	9	64	32	231
Total (Nein-Stimmende)	100	705	195	1400
* Die Angaben wurden nach dem Abstimmungsergebnis gewichtet.				
* Total mehr als 100% wegen Mehrfachantworten.				
© Universität Genf/gfs.bern: VOX-Analyse der Volksabstimmung vom 30.11.2014.				

3.5 Pro- und Kontra-Argumente

Ein mögliches Ja-Argument zur Ecopop-Initiative, das den Befragten im Rahmen der VOX-Untersuchung vorgelegt wurde (Tabelle 3.5), konnte eine Mehrheit auf sich vereinen: 51% der Stimmenden bejahten das Argument, unkontrollierte Zuwanderung führe zu Überbevölkerung und Umweltbelastungen. Die überwiegende Mehrheit der Ja-Stimmenden (88%) und eine starke Minderheit der Nein-Stimmenden (38%) unterstützten dieses Argument. Demnach werden die Auswirkungen der Zuwanderung vom Schweizer Volk trotz der deutlichen Abfuhr für die Ecopop-Initiative weiterhin kritisch betrachtet. So fand auch das Argument, man müsse den Druck auf den Bundesrat erhöhen, damit er die Masseneinwanderungsinitiative umsetze, relativ breite Unterstützung (43%): Die Befürworter der Initiative waren fast einstimmig dafür (91%), und ein Viertel (26%) der Initiativgegner pflichteten dem Argument ebenfalls bei. Die Unterstützung für dieses und für das vorherige Argument liegt somit über dem Ja-Anteil der Stimmenden zur Ecopop-Initiative. Folglich liegt der Schluss nahe, man habe den Anliegen der Vorlage mehr Verständnis entgegengebracht als der Initiative selbst. Eindeutig weniger Anklang fand das Argument, um das Zuwanderungsproblem an der Wurzel anzupacken sei die Familienplanung in armen Ländern zu fördern, damit die dortigen Geburtenraten sinken: Nur 33% der Stimmenden schlossen sich diesem Argument an (63% der Ja-Stimmenden befürworteten das Argument, aber 73% der Nein-Stimmenden sprachen sich dagegen aus).

Die Evaluation der drei Gegenargumente zur Ecopop-Initiative, die den Befragten unterbreitet wurden, führt zu einer ähnlichen Feststellung: Die Argumente werden zwar durchwegs mehrheitlich unterstützt, aber diese Unterstützung liegt merklich unter dem Nein-Anteil zur Volksinitiative. 75% der Stimmenden legten zwar ein Nein in die Urne, doch die Unterstützung für die Argumente gegen die Volksinitiative beträgt zwischen 55 und 65%. Das wirtschaftliche Argument, wonach die Festlegung einer niedrigen, fixen Zuwanderungsquote zu einer Verschärfung des Arbeitskräftemangels und zu negativen Folgen für die Wirtschaft führen werde, fand am meisten Zuspruch (65% Bejahung). Es wird von 78% der Nein-Stimmenden, aber auch von 27% der Ja-Stimmenden befürwortet. Das von der SVP besonders gepriesene Argument, wonach seit der Annahme der Masseneinwanderungsinitiative keine weiteren Massnahmen erforderlich seien, wurde von 60% der Stimmenden befürwortet; 68% der Ecopop-Gegner und 35% der Ecopop-Befürworter schlossen sich diesem Argument an. Beim Argument, die Einschränkung der Zuwanderung widerspreche dem Personenfreizügigkeitsabkommen und werde zur Kündigung der bilateralen Verträge mit der Europäischen Union führen, strebten die Meinungen allerdings heftig auseinander. Es ist auch das einzige Argument, bei dem ziemlich viele Stimmende unentschieden blieben. Das Argument wird nur von einer knappen Mehrheit der Stimmenden unterstützt (54%); 15% der Stimmenden waren unschlüssig. Unter den Personen, die die Ecopop-Initiative annahmen, ist eine relative Mehrheit (46%) der Auffassung, die Kontrolle über die Zuwanderung sei nicht unvereinbar mit dem Personenfreizügigkeitsabkommen – und mit den bilateralen Verträgen. Sogar bei den Nein-Stimmenden fand nur eine knappe Mehrheit (60%), die Kontrolle der Zuwanderung verletze den Grundsatz der Personenfreizügigkeit und werde zur Auflösung der bilateralen Verträge führen; 26% vertraten die gegenteilige Meinung, und 15% waren unentschieden.

Die Gesamtbeurteilung der Argumente für und gegen die Ecopop-Initiative ergibt, dass die überdeutliche Verwerfung der Initiative die tatsächlichen Positionen der Schweizer Bevölkerung auf dem Gebiet der Einwanderung nur bedingt widerspiegelt. Ausserdem zeigt die Bewertung des Arguments der bilateralen Verträge einerseits, dass diese Verträge für den Stimmentscheid über die Ecopop-Initiative eher keine prioritäre Rolle spielten und andererseits, dass sich die Schweizerinnen und Schweizer über die Frage der Kompatibilität von Zuwanderungskontrolle und Personenfreizügigkeitsabkommen wohl nicht im Klaren sind.

Tabelle 3.5: Ecopop-Initiative - Akzeptanz der Pro- und Kontra-Argumente bei den Stimmenden in Prozent*

Pro-Argumente		Einverstanden (%)	Nicht einverstanden (%)	Weiss nicht (%)
Unkontrollierte Zuwanderung führt zu Überbevölkerung und Umweltbelastungen.	Total	51	46	4
	Ja	88	11	2
	Nein	38	58	4
Druck auf den Bundesrat erhöhen, damit er die Masseneinwanderungsinitiative umsetzt	Total	43	55	2
	Ja	91	7	2
	Nein	26	71	2
Um das Einwanderungsproblem an der Wurzel anzupacken muss die Familienplanung in den ärmsten Ländern gefördert werden, um die dortigen Geburtenraten zu senken.	Total	33	63	4
	Ja	63	34	3
	Nein	23	73	4
Kontra-Argumente		Einverstanden (%)	Nicht einverstanden (%)	Weiss nicht (%)
Die Festlegung einer niedrigen, fixen Zuwanderungsquote erhöht den Arbeitskräftemangel und schadet der Wirtschaft.	Total	65	30	5
	Ja	27	66	7
	Nein	78	18	4
Nach der Annahme der Masseneinwanderungsinitiative sind keine weiteren Massnahmen erforderlich.	Total	60	36	5
	Ja	35	62	2
	Nein	68	27	5
Die Zuwanderungskontrolle wäre eine Vertetzung des Freizügigkeitsabkommens und würde zur Kündigung der bilateralen Verträge mit der EU führen.	Total	54	31	15
	Ja	37	46	17
	Nein	60	26	15

* Die Angaben wurden nach dem Abstimmungsergebnis gewichtet.

Deutungsbeispiel: 43% aller Stimmenden (91% der Ja-Stimmenden, 26% der Nein-Stimmenden) schlossen sich dem zweiten Argument an (Druck auf den Bundesrat erhöhen), 55% (7% der Ja-Stimmenden und 71% der Nein-Stimmenden) lehnten es ab und 2% (2%, 2%) waren unentschieden.

n Total der Stimmenden, die eine Antwort gegeben haben = 960 bis 967.

© Universität Genf/gfs.bern: VOX-Analyse der Volksabstimmung vom 30.11.2014.

3.6. Umsetzung der Masseneinwanderungsinitiative und Erhaltung der bilateralen Verträge

Im Rahmen der VOX-Erhebung wurden zwei Zusatzfragen über den Zusammenhang zwischen der Zuwanderungskontrolle und der Fortsetzung des bilateralen Wegs mit der Europäischen Union gestellt. In einem ersten Schritt wurden die Befragten gebeten, anzugeben, ob sie die SVP-Initiative gegen die Masseneinwanderung am 9. Februar 2014 angenommen oder abgelehnt hatten (retrospektive Frage).³ Die erste Spalte von Tabelle 3.6 präsentiert die Antworten auf diese Frage gesamthaft und nach Sprachregion; die zweite Spalte verweist zur Erinnerung auf die realen Ergebnisse.

Tabelle 3.6: Stimmenscheid über die Masseneinwanderungsinitiative der SVP (retrospektive Frage)

Volksinitiative Gegen Masseneinwanderung	Gemäss VOX vom 30.11.2014 % Ja	n	Ergebnis real % Ja
Total*	37	1116	50
Deutschschweiz	40	593	52
Westschweiz	29	298	42
Tessin	43	236	68

* Die Angaben wurden nach Sprache gewichtet. Personen, die am 9. Februar 2014 nicht abstimmten (n=282) sowie Personen, die sich an ihren Stimmenscheid nicht erinnern konnten (n=48), nicht wissen (n=40) oder die Antwort verweigerten (n=18), wurden ausgeschlossen.
© Universität Genf/gfs.bern: VOX-Analyse der Volksabstimmung vom 30.11.2014.

Laut Befund der VOX-Umfrage, die nach der Abstimmung vom 30. November 2014 durchgeführt wurde, liegt der Prozentanteil der Personen, die angaben, bei der Initiative gegen die Masseneinwanderung mit Ja gestimmt zu haben, deutlich unter dem realen Wert der Abstimmung vom 9. Februar 2014. Diese Feststellung gilt für die drei Sprachregionen, jedoch vor allem für das Tessin. Dort beträgt die Differenz zwischen dem Ergebnis der VOX-Umfrage und dem tatsächlichen Ergebnis der Abstimmung vom 9. Februar 2014 25%. Für diesen Unterschied zwischen dem Umfrageergebnis und dem tatsächlichen Abstimmungsergebnis kommen zwei (komplementäre) Erklärungen in Frage: Einerseits waren die Personen, die gegen die SVP-Initiative gestimmt hatten, in der Gruppe der Personen, die zur Abstimmung vom 30. November 2014 befragt wurden, möglicherweise überrepräsentiert. Denkbar ist andererseits auch, dass ein Teil der Personen, die angaben, sie hätten bei der SVP-Initiative mit Nein gestimmt, in Wirklichkeit mit Ja oder gar nicht gestimmt hatten. Bei der entsprechenden Falschangabe könnte es sich um eine unbeabsichtigte (die Befragten haben vergessen, ob sie überhaupt abgestimmt haben bzw. was sie gestimmt haben) oder um eine beabsichtigte (die Befragten wissen noch, dass sie mit Ja gestimmt haben, ziehen es aber vor, anzugeben, dass sie mit Nein gestimmt haben) fehlerhafte Darstellung handeln.

³ Wortlaut der Frage: Im Februar 2014 wurde über die Masseneinwanderungsinitiative abgestimmt. Können Sie mir sagen, was Sie damals gestimmt haben? Stimmt Sie Ja zur Vorlage, stimmten Sie Nein, oder nahmen Sie an der Abstimmung nicht teil?»

In Tabelle 3.7 wird der Stimmentscheid zur Ecopop-Initiative mit dem Entscheid zur Masseneinwanderungsinitiative gekreuzt. Gut die Hälfte der Personen, die die Masseneinwanderungsinitiative unterstützten (52%), lehnten die Ecopop-Initiative ab. Ausserdem lehnte die überwiegende Mehrheit der Personen, die gegen die Masseneinwanderungsinitiative waren (88%), die Ecopop-Initiative ebenfalls ab. Die klare Verwerfung der Ecopop-Initiative erklärt sich folglich aus dem Zusammentreffen des beinahe einstimmigen Neins der Personen, die bereits die Masseneinwanderungsinitiative abgelehnt hatten, mit dem Nein der Hälfte der Personen, die die Masseneinwanderungsinitiative bejaht hatten.

Eine ergänzende Analyse fördert interessante Unterschiede zwischen den Sympathisanten der verschiedenen Parteien zu Tage. Erwartungsgemäss stimmte ein hoher Anteil der SVP-Sympathisanten (fast 50%) bei beiden Initiativen mit Ja. Unter den Anhängern der übrigen Parteien ist der Anteil derer, die beide Volksinitiativen gutgeheissen haben, mit knapp über 20% deutlich niedriger. Allerdings hat ein ebenfalls beträchtlicher Teil der SVP-Sympathisanten (rund 40%) für die Masseneinwanderungsinitiative, aber gegen die Ecopop-Initiative gestimmt. Auch unter den Anhängern von FDP.DieLiberalen und CVP befindet sich eine recht grosse Gruppe (rund 30%), die differenziert abstimmte (Ja zur SVP-Initiative, Nein zu Ecopop). Die Sympathisanten der SP (sowie offenbar der Grünen Partei und der Grünliberalen) verwarfen ihrerseits beide Initiativen mit klarer Mehrheit. Unter den Anhängern von FDP.Die Liberalen und CVP ist der entsprechende Anteil leicht geringer (ungefähr 50%).

Tabelle 3.7: Stimmentscheid über die Ecopop-Initiative im Verhältnis zum Stimmentscheid über die Masseneinwanderungsinitiative der SVP (retrospektive Frage)*

Stimmentscheid Ecopop-Initiative	Stimmentscheid Masseneinwanderungsinitiative	
	% Ja	% Nein
Ja	48	12
Nein	52	88
Total	100	100
[n]	{510}	{602}
* Die Angaben wurden anhand des Stimmentscheids über die Masseneinwanderungsinitiative, des Stimmentscheids über die Ecopop-Initiative und nach Sprache gewichtet. © Universität Genf/gfs.bern: VOX-Analyse der Volksabstimmung vom 30.11.2014.		

In einer zweiten Phase stellten wir eine prospektive Frage darüber, dass das Schweizer Volk möglicherweise vor die Wahl gestellt wird, ob es die Masseneinwanderungsinitiative umsetzen oder den bilateralen Weg weiterführen wolle. Die Frage lautete wie folgt: «Der Bundesrat versucht, die Masseneinwanderungsinitiative umzusetzen und gleichzeitig die bilateralen Verträge mit der EU zu bewahren. Falls nicht beides gleichzeitig möglich ist – was ist Ihnen wichtiger? Die Umsetzung der Masseneinwanderungsinitiative oder die Beibehaltung der Verträge mit der EU?»

Tabelle 3.8 stellt die Resultate gegenüber. In der ersten Spalte befinden sich die nicht gewichteten Ergebnisse, die zweite Spalte enthält die Ergebnisse nach Gewichtung anhand des Stimmentscheids zur Masseneinwanderungsinitiative. Anders ausgedrückt: In der zweiten Spalte wurde die Stichprobe gewichtet, um die Antworten bezüglich des Stimmentscheids zur Masseneinwanderungsinitiative mit den tatsächlichen Ergebnissen in Einklang zu bringen (50:50 und nicht 37:63, wie in der ersten Spalte von Tabelle 3.6 zu erkennen ist). Diese Gewichtung verringert das Gewicht der Personen, die gegen die SVP-Initiative gestimmt haben, und sie erhöht das Gewicht der Personen, die dafür gestimmt haben.

Tabelle 3.8: Wahl zwischen der Erhaltung der bilateralen Verträge und der Umsetzung der SVP-Initiative gegen die Masseneinwanderung (prospektive Frage)

Umsetzung der Initiative vs. Erhaltung der bilateralen Verträge	Unterstützung Bilaterale (%)	n	Unterstützung Bilaterale** (%)	n***
Total*	69	1321	63	1027
Deutschschweiz	68	707	62	549
Westschweiz	74	347	69	269
Tessin	66	270	55	217

* Die Angaben wurden nach Sprache gewichtet.
 ** Die Angaben wurden anhand des Stimmentscheids zur Masseneinwanderungsinitiative (und für das Gesamtergebnis nach Sprache) gewichtet.
 *** Die Zahl der Beobachtungen ist geringer als in der ersten Spalte, weil Personen, die bei der Masseneinwanderungsinitiative nicht an die Urne gingen und solche, die auf diese retrospektive Frage keine Antwort lieferten, nicht berücksichtigt wurden.
 © Universität Genf/gfs.bern: VOX-Analyse der Volksabstimmung vom 30.11.2014.

In der ersten Spalte weisen die gesamtschweizerischen Ergebnisse und die Ergebnisse nach Sprachregion auf eine klare Präferenz für die Beibehaltung der bilateralen Verträge hin (69% auf nationaler Ebene).⁴ Diese Präferenz kommt in der Westschweiz am deutlichsten zum Ausdruck, dominiert aber auch (2:1) in der Deutschschweiz und sogar im Tessin. Selbst nach Gewichtung der Antworten anhand des Stimmentscheids zur Masseneinwanderungsinitiative ergeben die korrigierten Resultate – schweizweit (63%) und nach Sprachregionen aufgeschlüsselt – eine klare Mehrheit für die Erhaltung der bilateralen Verträge. Erwartungsgemäss liefert eine Betrachtung auf Grund der Parteiverbundenheit einen starken Kontrast zwischen den SVP-nahen Personen, die grossmehrheitlich (72%) für die Umsetzung der Masseneinwanderungsinitiative eintreten, und den Sympathisanten der übrigen Parteien, die sich sehr für die Erhaltung der bilateralen Verträge engagieren (70% und darüber bei den Anhängern von SP, FDP, Die Liberalen und – offenbar – auch von BDP, der Grünen Partei und den Grünliberalen sowie bei Parteungebundenen). Einzig die CVP-Sympathisanten scheinen eher geteilter Meinung zu sein: Rund 60% von ihnen messen den Bilateralen mehr Bedeutung zu, während die Umsetzung der SVP-Initiative für 40% wichtiger ist.

⁴ Die selbe Frage wurden im Rahmen des ersten Wahlbarometers des gfs-Instituts am 1. Oktober 2014 gestellt und ergab einen ähnlichen Befund (65% der Personen sehen die Priorität bei den Bilateralen und nicht bei der Umsetzung der SVP-Initiative).

In Tabelle 3.9 wird diese prospektive Frage zur Entscheidung zwischen Zuwanderungskontrolle und Beibehaltung der bilateralen Verträge der retrospektiven Frage nach dem Stimmentscheid anlässlich der Masseneinwanderungsinitiative gegenübergestellt.

Tabelle 3.9: Wahl zwischen der Erhaltung der bilateralen Verträge und der Umsetzung der SVP-Initiative (prospektive Frage) im Verhältnis zum Stimmentscheid über die SVP-Initiative (retrospektive Frage)*

Umsetzung der Initiative vs. Erhaltung der bilateralen Verträge	Stimmentscheid Masseneinwanderungsinitiative	
	% Ja	% Nein
Umsetzung der Initiative	67	8
Erhaltung der bilateralen Verträge	33	92
Total	100	100
(n)	(505)	(521)

* Die Angaben wurden anhand des Stimmentscheids über die Masseneinwanderungsinitiative und nach Sprache gewichtet.
 © Universität Genf/gfs.bern: VOX-Analyse der Volksabstimmung vom 30.11.2014.

Zwei Drittel der Personen, die die Masseneinwanderungsinitiative annahmen, sind der Auffassung, die Umsetzung dieser Volksinitiative sei wichtiger als die Erhaltung der bilateralen Verträge. Ein Drittel misst der Erhaltung der bilateralen Verträge mehr Bedeutung zu als der Umsetzung der Initiative. Die Haltung dieser Gruppe erklärt die eindeutige Präferenz für die bilateralen Verträge, die in der vorherigen Tabelle festgestellt wurde.⁵ Diese Personen stimmten zwar für die SVP-Initiative, doch sie betrachten die Beibehaltung der bilateralen Verträge als vorrangig. Eine überwältigende Mehrheit der Personen, die die Masseneinwanderungsinitiative ablehnten (92%), will den bilateralen Verträgen Priorität einräumen. Nur eine verschwindend kleine Minderheit (8%) hält die Umsetzung der SVP-Initiative für wichtiger.

Auch hier zeigt sich ein deutlicher Zwiespalt zwischen den SVP-Sympathisanten und den Sympathisanten der übrigen Parteien. Rund 70% der SVP-Sympathisanten stimmten für die Masseneinwanderungsinitiative und messen ihrer Umsetzung mehr Bedeutung zu als den bilateralen Verträgen. Nur eine kleine Minderheit (15 bis 30%) der Anhängerschaft der anderen Parteien und der Parteungebundenen weisen das selbe Profil auf. Demgegenüber stimmte ein grosser Teil der Sympathisanten aller Parteien – mit Ausnahme der SVP-Anhängerschaft – gegen die Masseneinwanderungsinitiative, und sie sehen die Erhaltung der bilateralen Verträge als Priorität. Dieser Anteil schwankt zwischen 40 und 50% bei den CVP-Sympathisanten und bei den Parteilosen; bei den Sympathisanten von FDP, Die Liberalen, der SP und offenbar auch von BDP, Die Grünen und von den Grünliberalen steigt der Anteil auf 60% und mehr. In der SVP-Anhängerschaft erreicht er nur 10%. Der Anteil Personen,

⁵ Tabelle 3.8 wurde nach Sprachregionen aufgeschlüsselt. Der Anteil Personen, die die SVP-Initiative bejahten, aber den bilateralen Verträgen Priorität einräumen, ist im Tessin mit 41% am höchsten (gegenüber 36% in der Westschweiz und 32% in der Deutschschweiz).

die Ja zur Masseneinwanderungsinitiative sagten, aber dennoch für die Erhaltung der bilateralen Verträge plädieren, kommt durch alle Parteien hindurch auf 10 bis 20% zu liegen.

Insgesamt fallen die Befunde somit zu Gunsten der bilateralen Verträge aus. Sie sind aber mit Vorsicht zu interpretieren: Einerseits stellten wir fest, dass die Stichprobe nicht repräsentativ für die Abstimmung vom 9. Februar 2014 war. Die Antworten wurden zwar anhand des Stimmentscheid zur SVP-Masseneinwanderungsinitiative gewichtet, doch er ist ungewiss, ob diese Korrektur ausreichend ist. Andererseits gilt ganz allgemein, dass die gestellte Frage prospektiver Art war und somit eine Prädisposition und kein Verhalten darstellt. Die Idee, man werde früher oder später vielleicht zwischen der Umsetzung der Masseneinwanderungsinitiative und der Fortsetzung des bilateralen Wegs wählen müssen, steht zwar bereits im Raum. Eine echte Debatte dazu hat aber noch nicht stattgefunden. Die Einstellung der Schweizerinnen und Schweizer dürfte sich während der kommenden Debatte somit weiter entwickeln. Zudem sind die Wahlmöglichkeiten, die gegebenenfalls vors Volk gelangen, noch nicht bekannt: Weder die Form der Umsetzung der Masseneinwanderungsinitiative noch der genaue Inhalt der «bilateralen Verträge», die vorgelegt würden, sind bislang bekannt. Der einzig vertretbare Schluss lautet zum jetzigen Zeitpunkt somit, dass in der Schweizer Bevölkerung ein Potenzial für die Unterstützung der bilateralen Verträge und eine Prädisposition zu Gunsten dieser Verträge vorhanden sind.

4. GOLD-INITIATIVE

4.1 Ausgangslage

Gold spielte lange Zeit eine zentrale Rolle für die Sicherung der Wertbeständigkeit des Schweizer Frankens. Die Goldbindung des Schweizer Frankens verlor jedoch seit über 40 Jahren an Bedeutung und wurde mit der neuen Bundesverfassung am 1. Januar 2000 schliesslich auch formal aufgehoben. Danach verkaufte die Schweizerische Nationalbank (SNB) über die Hälfte ihrer Goldreserven. Heute machen die Goldbestände 10% des SNB-Vermögens aus. Derzeit lagert der Grossteil dieses Goldes in der Schweiz, und rund 30% befinden sich im Ausland (20% in England, 10% in Kanada).⁶

Das von der SVP lancierte Volksbegehren «Rettet unser Schweizer Gold» wollte die SNB dazu verpflichten, mindestens 20% ihrer Aktiven in Gold zu halten, die Goldbestände der SBN für unveräusserlich erklären, und es verlangte von der SNB, ihre Goldreserven ausschliesslich in der Schweiz zu lagern.

Bundesrat und Parlament sprachen sich (mit 156 zu 22 Stimmen und 20 Enthaltungen im Nationalrat und 43 zu 2 Stimmen im Ständerat) gegen die Gold-Initiative aus und verzichteten auf einen Gegenvorschlag. Sämtliche im Parlament vertretenen Parteien empfahlen die Ablehnung der Volksinitiative. Das selbe gilt für alle Spitzenverbände (economiesuisse, Travail.Suisse, Schweizerischer Gewerkschaftsbund usw.) mit Ausnahme der AUNS. Innerhalb der SVP herrschte zu dieser Initiative alles andere als Einigkeit: 20 kantonale Sektionen hielten sich nicht an die Abstimmungsparole der Landespartei. Abgesehen von den Schweizer Demokraten und der Eidgenössisch-Demokratischen Union, die beide nicht im Parlament vertreten sind, unterstützte keine Partei die Gold-Initiative.

Nach einer ausgesprochen flauen Abstimmungskampagne wurde das Begehren von 77.3% der Stimmenden und von sämtlichen Kantonen verworfen. Der Ja-Anteil schwankte zwischen 17% (Waadt) und 33% (Tessin).

4.2 Das Profil der Stimmenden

Die Parteibindung spielte für den Stimmenscheid eine wichtige Rolle, wenngleich keine grosse Partei die Gold-Initiative unterstützte. Der Ja-Anteil erreicht bei keiner Partei ausser der SVP mehr als 20%. Demnach folgten die Sympathisanten der grösseren Parteien der Abstimmungsparole ihrer jeweiligen Partei. Eine Ausnahme bilden hier die SVP-Anhänger: 50% von ihnen stimmten für die Gold-Initiative, obwohl die Landespartei die Ablehnung empfahl. Allerdings hatten relativ viele (20) kantonale Sektionen in Abweichung von der

⁶ Siehe Abstimmungsbüchlein des Bundesrates.

Abstimmungsparole der Landespartei die Ja-Parole herausgegeben. Parteipolitisch ungebundene Personen stimmten gleich wie der Durchschnitt (20% Ja für die Gold-Initiative).

Wieviel Bedeutung die ideologische Einstellung für das Stimmverhalten hatte, ergibt sich aus der Analyse der Selbsteinschätzung auf der Links-Rechts-Achse: Je weiter man auf der politischen Skala von links (7% Ja-Anteil) nach aussen rechts (44% Ja-Anteil) vorstösst, desto grösser wird die Zustimmung für das Volksbegehren. Trotzdem wurde die Volksinitiative von sämtlichen Gruppen abgelehnt. Bei Stimmenden, die sich zur extremen Linken zugehörig fühlen, lag der Ja-Anteil mit 26% über dem Durchschnitt.

Zu den wichtigen Beweggründen für ein Ja zur Volksinitiative zählt das Vertrauen in die Regierung. Personen, die dem Bundesrat nicht vertrauen, sagten zwar nicht mehrheitlich, aber dennoch deutlich häufiger Ja zur Volksinitiative als Personen, die dem Bundesrat vertrauen. Die Vermutung liegt nahe, dass ein Misstrauen der Regierung gegenüber mit einer allgemeinen Skepsis gegenüber Eliten einhergeht, die sich im vorliegenden Fall im Wunsch äussert, den Handlungsspielraum der SNB zu begrenzen. Hierzu gilt, dass die SVP-Sympathisanten, die dem Bundesrat misstrauen, mehrheitlich mit Ja stimmten (ungefähr 60% Ja-Stimmen), während jene, die ihm vertrauen, der Initiative ein unmissverständliches Nein entgegenbrachten (nur 20% Ja-Stimmen).

Darüber hinaus waren auch weltanschauliche Präferenzen mitentscheidend für den Grad der Zustimmung zur Volksinitiative. So stimmten Personen, die für eine moderne Schweiz eintreten, bei der Gold-Initiative weniger häufig mit Ja als die Verfechter einer traditionellen Schweiz (18% Ja-Stimmen gegen 40% Ja-Stimmen). Alles in allem stiess das Begehren bei Personen mit traditionellen Wertvorstellungen auf mehr Sympathie, aber in keinem Fall auf eine Mehrheit: Personen, die eine stärkere Abgrenzung der Schweiz, eine starke Schweizer Armee und eine Bevorzugung der Schweizer gegenüber den Ausländern wollen, legten bei der Gold-Initiative häufiger ein Ja in die Urne. Eher mehr Anklang fand die Vorlage auch bei den Befürwortern eines starken Föderalismus und bei den Gegner einer Zentralisierung der Politik.

Tabelle 4.1: Gold-Initiative – Stimmverhalten nach politischen Merkmalen in Prozent der Stimmenden*

Merkmale/Kategorien	% Ja*	n	Korrelationskoeffizient^a
Total VOX (gewichtet)	22.7	207	
Parteiverbundenheit			V=.32***
SP – Sozialdemokratische Partei	16	182	
CVP – Christlichdemokratische Partei	12	57	
FDP. Die Liberalen	17	134	
SVP – Schweizerische Volkspartei	50	155	
Grüne Partei	[13]	[30]	
Grünliberale	[10]	[39]	
BDP – Bürgerlich-Demokratische Partei	[0]	[29]	
Andere Partei	20	55	
Parteilos	20	192	
Einstufung auf der Links-Rechts-Achse			V=.26***
Links aussen	26	121	
Links	7	166	
Mitte	19	260	
Rechts	25	180	
Rechts aussen	44	128	
Regierungsvertrauen			V=.32***
Vertrauen	14	525	
Misstrauen	42	286	
Wertvorstellung: modern vs. traditionell			V=.21***
Für eine moderne Schweiz	18	411	
Geteilter Meinung	19	304	
Für eine traditionelle Schweiz	40	166	
Wertvorstellung: offene vs. verschlossene Schweiz			V=.23***
Offen	16	591	
Geteilter Meinung	33	243	
Verschlossen	43	61	
Wertvorstellung: starke Armee vs. keine Armee			V=.20***
Stark	32	426	
Geteilter Meinung	19	227	
Keine Armee	12	242	
Wertvorstellung: Chancengleichheit Schweizer und Ausländer			V=.30***
Gleiche Chancen	6	289	
Geteilter Meinung	25	287	
Bessere Chancen für Schweizer	36	309	

Merkmale/Kategorien	% Ja ^a	n	Korrelationskoeffizient ^a
Wertvorstellung: Föderalismus oder Zentralismus			V=.12****
Mehr Gewicht für den Bund	18	225	
Geteilter Meinung	20	345	
Mehr Gewicht für die Kantone	30	300	
<p>* Die Angaben wurden nach dem Abstimmungsergebnis gewichtet. ^a Interpretation der statistischen Variablen siehe «Zur Methode». Die Zahlen in Klammern sind nur ein Trend, da es weniger als 50 Fälle sind und sich somit daraus keine statistischen Tendenzen ableiten lassen. © Universität Genf/gfs.bern: VOX-Analyse der Volksabstimmung vom 30.11.2014.</p>			

Die soziodemografischen Variablen tragen wenig zur Erklärung des Stimmverhaltens bezüglich der Gold-Initiative bei. Alter, Sprache und berufliche Tätigkeit übten auf den Stimmenscheid keinen nennenswerten Einfluss aus. Männer stimmten häufiger mit Ja als Frauen. Grund dafür ist vor allem die Überrepräsentierung der Männer unter den SVP-Sympathisanten und unter der Anhängerschaft der Rechts-Aussen-Parteien. Alleinstehende, Geschiedene und Verwitwete brachten der Gold-Initiative etwas mehr Verständnis entgegen als Verheiratete.

Die Unterstützung für das Volksbegehren ist in sehr geringem Masse von Bildungsstand und Einkommen abhängig: Die höchsten Ja-Anteile findet man bei Stimmenden mit höherer Berufsbildung oder mit Fachschulabschluss. Absolventen einer Berufslehre lagen hinsichtlich des Ja-Anteils im Durchschnitt aller Stimmabgaben, während Personen mit Matura oder Hochschulabschluss weniger häufig mit Ja stimmten. Ähnlich sieht es beim Abstimmungsverhalten nach Einkommen aus: Mit zunehmendem Haushaltseinkommen sinkt die Unterstützung für die Vorlage, wobei selbst in den untersten Einkommensschichten keine Mehrheit für die Volksinitiative zustande kam. Schliesslich unterstützten Kleinstadtbewohner die Volksinitiative stärker als Grosstadtbewohner.

Tabelle 4.2: Gold-Initiative – Stimmverhalten nach soziodemografischen Merkmalen in Prozent der Stimmenden*

Merkmale/Kategorien	% Ja ^a	n	Korrelationskoeffizient ^a
Total VOX (gewichtet)	22.7	207	
Geschlecht			V=.12***
Frau	17	447	
Mann	28	459	
Zivilstand			V=.10*
Ledig	27	103	
Verheiratet/Lebenspartnerschaft	20	636	
Geschieden	29	80	
Verwitwet	31	75	
Bildungsniveau			V=.15**
Obligatorische Schulzeit	(47)	(30)	
Berufslehre	22	256	
Höhere Berufsbildung	28	109	
Höhere Fachschule/Technikum	27	104	
Matura, pädagogische Ausbildung	10	62	
FHS, Universität, ETH	19	337	
Einkommen			V=.14***
Unter 5'000.-	31	207	
5'000.- bis 7'000.-	25	221	
7'000.- bis 9'000.-	20	147	
Über 9'000.-	16	241	
Wohnort			V=.10*
Grossstadt	19	260	
Kleinstadt	27	412	
Dorf	20	235	
* Die Angaben wurden nach dem Abstimmungsergebnis gewichtet.			
^a Interpretation der statistischen Variablen siehe «Zur Methode».			
Die Zahlen in Klammern sind nur ein Trend, da es weniger als 50 Fälle sind und sich somit daraus keine statistischen Tendenzen ableiten lassen.			
© Universität Genf/gfs.bern: VOX-Analyse der Volksabstimmung vom 30.11.2014.			

4.3 Wahrnehmung der Vorlage

Den Initianten ist es nicht gelungen, ihr Begehren verständlich darzulegen: 37% der Befragten konnten den Gegenstand der Volksinitiative nicht korrekt wiedergeben. Dieser Anteil liegt weit über dem üblichen Durchschnitt. Diejenigen Befragten, die den Inhalt der Volksinitiative richtig erfasst hatten, nannten am häufigsten die Frage der Höhe der Goldreserven. Die anderen beiden Komponenten der Volksinitiative (Unverkäuflichkeit sowie Lagerung der Goldbestände) wurden ebenfalls genannt. Nicht-Stimmende gaben erwartungsgemäss öfter ungenaue oder überhaupt keine Antworten als Stimmende. Beinahe zwei Drittel der Nicht-Stimmenden beschrieben den Gegenstand der Vorlage nicht richtig.

Tabelle 4.3: Gold-Initiative – Wahrnehmung der Inhalte in Prozent der befragten Personen (nur Erstnennungen)*

Wahrnehmung*	Total		Stimmende		Nicht-Stimmende ^a	
	%	n	%	n	%	n
Goldreserven	32	472	45	335	18	135
Einschränkung der SNB	13	190	16	121	9	69
Lagerung des Goldes	10	151	16	118	4	29
Sicherung des Frankens	2	34	2	12	3	20
Allgemeine oder falsche Antworten, weitere Antworten	7	100	8	58	6	42
Weiss nicht, keine Antwort, zu vage	37	548	13	99	60	450
Total	100	1496	100	742	100	745

* Die Angaben wurden nach der Stimmbeteiligung gewichtet.

© Universität Genf/gfs.bern: VOX-Analyse der Volksabstimmung vom 30.11.2014.

4.4 Stimmotive

Auf die Frage nach den Gründen für ihren Stimmentscheid antworteten fast die Hälfte der Befürworter [46%] spontan, die Goldreserven seien wichtig für die wirtschaftliche Stabilität und für die Glaubwürdigkeit der SNB. Betrachtet man alle Nennungen zusammen, wird dieses Motiv sogar von 59% der Ja-Stimmenden angeführt. An zweiter Stelle mit 18% der Erstnennungen (28% aller Nennungen zusammen) kam das Argument, die Goldbestände seien in der Schweiz zu lagern. Als drittes Stimmmotiv folgt die Bedeutung des Goldes für das Währungssystem der Schweiz (11% der Erstnennungen und 25% aller Nennungen zusammen). Die Einschränkung der Macht der SNB sahen die Ja-Stimmenden hingegen nicht als wichtiges Anliegen (4% der Erstnennungen, 7% aller Nennungen zusammen).

Für die Ablehnung der Initiative nannten die Befragten drei Hauptgründe: An erster Stelle stand mit 34% der Erstnennungen und 62% aller Nennungen zusammen die Weigerung, den Handlungsspielraum der SNB zu begrenzen. Demnach spielte die Einschränkung der Handlungsfähigkeit der SNB zwar keine Rolle bei den Ja-Stimmenden, hingegen war der

Wille, diese Handlungsfähigkeit nicht einzuschränken, den Nein-Stimmenden ein wichtiges Anliegen, das entscheidend zum Nein beitrug. Das zweitwichtigste Nein-Motiv ist ähnlich gelagert: 18% der Nein-Stimmenden begründen ihren Entscheid mit dem Vertrauen, das sie der SNB entgegenbringen (18% der Erstnennungen und 29% aller Nennungen zusammen). Der dritte Hauptgrund für das Nein hängt mit Zweifeln an der Sicherheit von Goldanlagen zusammen. Diese werden als riskant oder unzeitgemäss eingeschätzt (15% der Erstnennungen und 21% aller Nennungen zusammen).

Tabelle 4.4: Gold-Initiative – Stimmotive (Mehrfachantworten möglich)*

Spontan geäusserte Gründe für den Entscheid	Erstnennungen		Alle Nennungen	
	%	n	%	n
Ja-Stimmende				
Bedeutung der Goldreserven	46	95	59	122
Lagerung des Goldes in der Schweiz	18	37	28	58
Sicherung des Frankens	11	22	25	51
Notwendigkeit der Beschränkung der SNB-Macht	4	7	7	14
Allgemeine Gründe für das Ja	14	29	21	44
Weitere Gründe für das Ja	2	5	5	10
Weiss nicht/keine Antwort	6	11	74	153
Total [Ja-Stimmende]	100	207	219	452
Nein-Stimmende				
Keine Einschränkung der SNB	34	214	62	389
Vertrauen in die SNB	18	111	29	185
Gold ist keine gute Anlage	15	94	21	134
Folgen für die Wirtschaft	2	14	7	46
Lagerung des Goldes	1	7	4	26
Allgemeine Gründe für das Nein	17	106	27	167
Weitere Gründe für das Nein	12	78	19	120
Weiss nicht/keine Antwort	1	5	3	17
Total [Nein-Stimmende]	100	629	172	1084
* Die Angaben wurden nach dem Abstimmungsergebnis gewichtet.				
* Total mehr als 100% wegen Mehrfachantworten.				
© Universität Genf/gfs.bern: VOX-Analyse der Volksabstimmung vom 30.11.2014.				

4.5 Pro- und Kontra-Argumente

Erwartungsgemäss erwies sich keines der drei Argumente für die Gold-Initiative als mehrheitsfähig. Eines dieser drei Argumente fand allerdings deutlich mehr Unterstützung als die Vorlage selbst: Im Krisenfall hätten 44% der Befragten Zweifel an der Sicherheit des im Ausland gelagerten Goldes. Diese Einschätzung teilen 60% der Personen, die für die Volksinitiative stimmten, sowie eine recht grosse Minderheit der Personen, die gegen die Volksinitiative stimmten (37%). Weniger zu überzeugen vermochten das zweite und das dritte Argument: Nur jeder dritte Befragte sieht in der Anhebung der Goldreserven eine Möglichkeit, die Abhängigkeit gegenüber dem Ausland zu verringern. Selbst unter den Befürwortern der Volksinitiative fand sich keine Mehrheit für dieses Argument. Auch das dritte Argument wird insgesamt verworfen, löst aber eine Polarisierung unter den Befürwortern und Gegnern aus: 56% der Ja-Stimmenden monieren, eine Aufstockung der Goldreserven wäre für die Glaubwürdigkeit der SNB förderlich, doch nur 25% der Nein-Stimmenden teilen diese Ansicht.

Eine Mehrheit der Stimmenden unterstützte zwei der drei Argumente, die gegen die Gold-Initiative vorgebracht wurden: Das Argument, wonach die Anhebung der Goldreserven die Handlungsfähigkeit der SNB einschränke, überzeugte 60% der Stimmenden. 56% der Stimmenden schlossen sich der Auffassung an, ein Verbot des Goldverkaufs würde es der SNB schwerer machen, die Stabilität des Schweizer Frankens zu gewährleisten. Hinsichtlich dieser beiden Argumente strebten die Meinungen der Stimmenden nur leicht auseinander. Selbst unter den Ja-Stimmenden finden sie ziemlich breite Unterstützung. Weniger zu überzeugen vermochte die Aussage, Gold sei keine sichere Anlage. Nur die Hälfte der Stimmenden war damit einverstanden.

Abschliessend sei angemerkt, dass der Anteil der unschlüssigen Personen bei den meisten Argumenten aussergewöhnlich hoch war. Dies bestätigt den begrenzten Informations- und Wissensstand über die Gold-Initiative.

Tabelle 4.5: Gold-Initiative – Akzeptanz der Pro- und Kontra-Argumente bei den Stimmenden in Prozent*

Pro-Argumente		Einverstanden (%)	Nicht einverstanden (%)	Weiss nicht (%)
Im Krisenfall ist die Sicherheit des im Ausland gelagerten Goldes nicht gewährleistet.	Total	44	42	14
	Ja	60	33	7
	Nein	37	49	14
Durch eine grössere Abstützung auf das Gold und eine geringere Abstützung auf Fremdwährungen verringert die Nationalbank unsere Abhängigkeit gegenüber dem Ausland.	Total	35	47	18
	Ja	46	43	11
	Nein	31	52	17
Grössere Goldreserven erhöhen die Glaubwürdigkeit der Nationalbank.	Total	33	50	18
	Ja	56	23	21
	Nein	25	63	13
Kontra-Argumente		Einverstanden (%)	Nicht einverstanden (%)	Weiss nicht (%)
Die Erhöhung der Goldreserven schränkt die Handlungsfähigkeit der Nationalbank ein.	Total	60	28	12
	Ja	51	43	6
	Nein	68	23	9
Das Verbot der Goldverkäufe erschwert der Nationalbank die Gewährleistung der Frankenstabilität.	Total	56	29	15
	Ja	47	41	12
	Nein	63	25	13
Gold ist wegen der starken Schwankungen keine sichere Anlage.	Total	50	41	10
	Ja	46	48	6
	Nein	53	39	8
<p>* Die Angaben wurden nach dem Abstimmungsergebnis gewichtet. Ergebnisse in Prozent online. Deutungsbeispiel: 44% aller Stimmenden (60% der Ja-Stimmenden, 37% der Nein-Stimmenden) schlossen sich dem ersten Argument an, 42% (33% der Ja-Stimmenden und 49% der Nein-Stimmenden) waren damit nicht einverstanden, und 14% (7%; 14%) waren unentschieden. n Total der Stimmenden, die eine Antwort gegeben haben = 1027 bis 1034. © Universität Genf/gfs.bern: VOX-Analyse der Volksabstimmung vom 30.11.2014.</p>				

5. ZUR METHODE

Die Ergebnisse von VOX 117 beruhen auf der Analyse der Volksabstimmung vom 30. November 2014. Das Forschungsinstitut gfs.bern führte die Befragung durch, und die Abteilung für Politikwissenschaft und internationale Beziehungen der Universität Genf analysierte die erhobenen Daten. Die Daten wurden anhand von standardisierten Telefoninterviews erhoben, die im Schnitt rund 25 Minuten dauerten (16% der Interviews dauerten mehr als 30 Minuten, fast 34% dauerten weniger als 20 Minuten) und von 101 Befragern von zu Hause aus durchgeführt wurden. Das Forschungsinstitut gfs.bern besass dabei als Kontrollinstitut die Möglichkeit, über eine zweite Telefonleitung eine unangekündigte Überwachung der Interviews durchzuführen.

Die Untersuchung beruht auf einer repräsentativen Befragung, die in der ganzen Schweiz innerhalb von zwei Wochen nach dem Urnengang durchgeführt wurde. Die Stichprobe umfasst 1504 stimmberechtigte Personen, und die Stichprobenziehung erfolgte in einem dreistufigen Zufallsverfahren: Sprachregionen (nach einer proportionalen Einteilung aufgrund der amtlichen Statistik von 2000), Haushalte (anhand des elektronischen Telefonbuchs der Swisscom) und in diesen Haushalten lebende Personen (nach dem «Prinzip des Geburtsdatums»), wobei 53.3% der Personen dieser Stichprobe aus der Deutschschweiz, 26.7% aus der Westschweiz und 20% aus der italienischen Schweiz stammten (ungewichtet).⁷

Die Stimmbeteiligung wurde wie immer bei der Umfrage höher angesetzt (+20%). Die in der Umfrage ermittelten Abstimmungsergebnisse weichen auch vom tatsächlichen Ergebnis ab. Der Unterschied beträgt minus 6 Prozentpunkte beim Ja für die Volksinitiative über die Abschaffung der Pauschalbesteuerung, minus 11 Prozentpunkte beim Ja für die Ecopop-Initiative und minus 10 Prozentpunkte beim Ja zur Gold-Initiative. Dementsprechend setzten wir bei den Analysen des Stimmverhaltens und der Stimmbeteiligung Gewichtungsfaktoren ein, um die Umfrageergebnisse mit den realen Ergebnissen in Übereinstimmung zu bringen. Diese Gewichtungsfaktoren werden von gfs.bern bereitgestellt, kommen in den VOX-Analysen zum Einsatz und berücksichtigen die Verteilung der Antworten nach Sprachregionen. Bei der Stimmbeteiligung werden die Daten nach Alter und für die drei Sprachregionen auf der Grundlage von realen Beteiligungszahlen gewichtet, die vom Kanton Genf, vom Kanton Tessin (Auswahl von Gemeinden) und von der Stadt St. Gallen geliefert werden.

Mit einer Ziehung im Zufallsverfahren und einer Verteilung der Prozentwerte von 50:50 ergibt sich bei unserer Stichprobe von 1504 Personen eine Fehlermarge von rund $\pm 2.6\%$ mit einer Plausibilitätsschwelle von 95%. Die Fehlermarge gibt an, inwiefern die Schlussfolgerungen der Untersuchung richtig sind. Sie nimmt zu, wenn die Stichproben klein sind [z. B. wenn eine Analyse durch zu viele fehlende Daten beeinträchtigt oder nur an einem Teil der Stichprobe durchgeführt wird]. Sie nimmt ab, wenn die Differenz zwischen den Prozentwerten grösser ist, z. B. bei einem Ergebnis von 70:30. Vorsicht bei der Interpretation der Daten ist immer dort geboten, wo die Teilstichproben klein sind und die Verteilung der

⁷ Für weitere Einzelheiten siehe technischer Bericht von gfs.bern.

Prozentwerte zugleich ausgeglichen ist. In solchen Fällen empfiehlt es sich, aufgrund des grösseren Stichprobenfehlers von Schlussfolgerungen hinsichtlich der Mehrheitsverhältnisse abzusehen.

Die Bestimmung der Plausibilitätsschwelle beruht auf dem Chi-Quadrat-Unabhängigkeitstest. Dabei bedeutet * eine Plausibilität von unter 0.05, ** von unter 0.01 und *** von unter 0.001. Beträgt die Plausibilität mehr als 5%, bedeutet der Vermerk n.s., dass der Koeffizient nicht signifikant ist. Die Korrelationen werden anhand des Koeffizienten V nach Cramer interpretiert: 1 steht für eine völlige Übereinstimmung zwischen den beiden Variablen. 0 steht, wenn gar keine Übereinstimmung zwischen den Variablen besteht. Steht in einer Tabelle eine Zahl in Klammern, bezeichnet sie Kategorien, in denen weniger als 50 Fälle erfasst wurden: Diese sind vorsichtig zu interpretieren.

